

Jahresbericht 2005

Büro Washington der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Der unpopuläre Krieg, die
langfristige Auseinandersetzung
mit dem Terrorismus und
die Legitimationskrise der Bush-
Administration**

Berichterstatter: Dieter Dettke
Washington, 20. Januar 2006

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Das Wesentliche auf einen Blick	2
2.	Das politische Umfeld	7
3.	Die wirtschaftliche und soziale Lage	16
4.	Außenpolitische Entwicklungen	23

1. Das Wesentliche auf einen Blick

Das politische Schicksal von Präsident **Bush** ist nun unausweichlich mit dem Ausgang des Krieges im Irak verknüpft. Er ist mit der Entscheidung für eine militärische Lösung der Irak-Krise bewusst ein hohes Risiko eingegangen und sieht sich nun Kräften ausgesetzt, die er nicht mehr oder nur schwer kontrollieren oder in ihrer Richtung verändern kann, jedenfalls nicht in der ihm noch verbleibenden Amtszeit. Ähnlich wie Präsident **Truman** zur Zeit des Korea-Krieges bleibt ihm nur noch die Aussicht, von der Geschichte Recht zu bekommen und von seinen Historiographen als große Figur akzeptiert zu werden, aber im zeitgenössischen Urteil wird **George W. Bush** vermutlich, so wie der Krieg, in der Unpopularität enden. Die Republikanische Vorherrschaft beginnt abzubrockeln, nicht nur unter dem schweren Gewicht der humanitären und wirtschaftlichen Kosten des Irak-Krieges. *Guantanamo Bay* und die Exzesse in den Gefängnissen von *Abu Ghraib*, geheime CIA-Gefängnisse in Osteuropa und anderswo, die Grenze zur Folter überschreitende Befragungsmethoden im Namen des Krieges gegen den Terrorismus und Überwachungsmaßnahmen ohne richterliche Genehmigung – das alles beschädigt nicht nur das Image Amerikas in der Welt, es stellt die Legitimität des amerikanischen Vorgehens im Kampf gegen den Terrorismus in Frage. Zum ersten Mal ist jetzt auch das Wort „*Impeachment*“ gefallen und zwar von Republikanischer Seite (Senator **Arlen Specter**, R-Pennsylvania) und nicht nur von Demokratischer Seite, wie z.B. von **Al Gore**. Der *US-Supreme Court* hat der **Bush-Administration** im Hinblick auf ein zeitlich unbefristetes Festhalten von Terrorverdächtigen Grenzen gesetzt und auch für sie rechtliches Gehör eingefordert – wenn nicht in der zivilen Gerichtsbarkeit, dann zumindest vor einem Militärgericht. Nun wird es mit Sicherheit Gerichtsverfahren, Untersuchungsausschüsse und möglicherweise auch einen unabhängigen Untersuchungsrichter geben, um die Rechtmäßigkeit der Abhörmaßnahmen zu klären. Die **Bush-Administration** gerät unter Druck.

Einen schweren innenpolitischen Rückschlag mussten das Weiße Haus und die Republikanische Mehrheit im Kongress auch mit dem **Abramoff**-Skandal hinnehmen. In diesen Bestechungsskandal sollen bis zu 60 Abgeordnete und Senatoren verwickelt sein, überwiegend Republikaner. Brisant ist die Affäre **Abramoff** vor allem durch die Verbindungen zu dem ehemaligen Mehrheitsführer der Republikaner im Kongress, **Tom Delay**. Das große Geld erhielt **Abramoff** vor allem von Indianerstämmen, die ihre Casino-Interessen im Kongress durchzubringen versuchten. **Abramoff** nutzte diese Einnahmen zum Teil für Schmiergelder an diverse Abgeordnete, um als Lobbyist erfolgreich zu sein. Er hat unter anderem Bestechungsversuche zugegeben und wird nun mit der Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten. Die **Abramoff**-Affäre könnte sich zum größten innenpolitischen Skandal der jüngsten amerikanischen Geschichte ausweiten. Für das Weiße Haus und die Republikanische Führung im Senat und im Repräsentantenhaus steht viel auf dem Spiel: Es geht um die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses.

Hinzu kommt, dass Amerika mit den Hurrikans *Katrina* und *Rita* die bisher schwerste Überschwemmungskatastrophe der amerikanischen Geschichte traf. Der amerikanischen Öffentlichkeit wurde schlagartig klar, wie schwach und verwundbar die eigene Infrastruktur ist und wie hoch der Aufwand sein würde, um die Region um New Orleans wieder aufzubauen und die Verwundbarkeit der um New Orleans herum konzentrierten

amerikanischen Energieversorgung zu reduzieren. 1400 Menschen starben während der Sturm- und Wasserkatastrophe. Mehr als 1 Mio. Menschen wurden obdachlos. Anders als nach den Terroranschlägen vom 11. September in New York, wo Rettungsaktionen zügig und wirksam zum Einsatz kamen, zeigten sich in New Orleans zum Teil eklatante Mängel und Schwächen beim Katastrophenschutz. Der Ruf nach einem politischen Prioritätenwechsel wird lauter. Die **Bush-Administration** sieht sich gezwungen, sich wieder der Innenpolitik zuzuwenden.

Die Zahl der amerikanischen Opfer des Irak-Krieges liegt nun bei über 2000. Amerika muss – anders als im Falle des Golf-Krieges, als andere Länder de facto die Gesamtkosten des militärischen Einsatzes in Höhe von 82 Mrd. US-Dollar mit abdecken halfen – heute mit einer Belastung von 500 Mrd. US-Dollar oder sogar mehr rechnen, bis im Irak Frieden herrscht und die Wirtschaft wieder voll funktionsfähig ist, immer davon ausgehend, dass es, anders als in Vietnam, zu einem positiven Ausgang kommt. Jüngste Berechnungen der Kosten des Irak-Krieges von **Linda Bilmes** (Harvard University) und **Joseph Stiglitz** (Columbia University) gehen sogar von Kosten in Höhe von 839 Mrd. US-Dollar im günstigsten Falle und 1,104 Mrd. US-Dollar in einem anderen Szenario aus. Die amerikanische Öffentlichkeit glaubt aber nicht mehr an einen positiven Ausgang des Krieges. Der Präsident hat für seine Irak-Politik keine Mehrheit mehr in der öffentlichen Meinung Amerikas. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: über 50% glauben, dass der Irak-Krieg nicht die Opfer Wert ist, die mit diesem gewollten Konflikt verbunden sind; 58% sind nicht mit der Art und Weise zufrieden, wie Präsident **Bush** mit der Situation im Irak umgeht; 49% sind rückblickend der Ansicht, die USA hätten nicht militärisch im Irak eingreifen sollen und nur 36% meinen, die USA seien nach dem Einmarsch im Irak vor dem internationalen Terrorismus besser geschützt.

Noch schwerer wiegt, dass der Irak-Krieg und seine Nebenerscheinungen amerikanische Werte in Frage stellen. Die bisher deutlichste Stimme ist **Jimmy Carter**. Er gilt nach wie vor wegen seines ethisch und religiös geprägten Engagements auch als Ex-Präsident als moralische Autorität in Amerika und sieht heute zentrale amerikanische Werte ernsthaft bedroht, z.B. die Fähigkeit

- Frieden zu bewahren,
- soziale Gerechtigkeit zu fördern,
- Freiheit und Menschenrechte zu verteidigen,
- die Umwelt zu schützen und
- mit anderen Völkern zusammen zu arbeiten.

Mehr noch: **Carter** – wie auch viele andere Amerikaner – sehen in Amerika eine tiefe moralische Krise heraufziehen. Wir haben – so klagt **Carter** – internationale Vereinbarungen aufgegeben, darunter:

- Rüstungskontrollvereinbarungen;
- die Kontrolle von biologischen Waffen;
- Umweltschutz;
- internationale Gerichtsbarkeit und
- die Verpflichtung zur menschlichen Behandlung von Gefangenen.

Carters Beispiel und sein Buch „*Our Endangered Values. America's Moral Crisis*“ zeigen, mit welchem hohen innen- und außenpolitischen Kosten der imperiale Anspruch der **Bush-Administration** nach dem 11. September verbunden ist.

Der Gebrauch militärischer Macht ist kostspielig und diejenigen in der Bush-Administration, die frühzeitig auf die hohen Folgekosten aufmerksam gemacht haben, wie z.B. Wirtschaftsberater **Lawrence Lindsay**, mussten ihren Abschied nehmen. Heute stellt sich heraus, dass **Lawrence Lindsay** die Kosten des Irak-Krieges mit 200 Mrd. US-Dollar nicht überschätzt, sondern bei weitem unterschätzt hat. Ebenso erging es General **Eric Shinseki**, der mit seiner Aussage, die Befriedung des Irak werde mehrere 100 Tausend Truppen erforderlich machen, von der **Bush-Administration** kalt gestellt wurde. Bekannt geworden ist jetzt, dass in einer Studie der *Rand-Corporation* unmittelbar nach dem Eingriff im Irak bis zu 500.000 Soldaten für notwendig erachtet wurden, um nach dem Krieg den Frieden zu gewinnen. Diese Information ergibt sich aus der jüngsten Buchveröffentlichung von **Paul Bremer**, ehemaliger Chef der *Coalition Provisional Authority (CAP)*.

Angetreten war **George W. Bush** im Wahlkampf des Jahres 2000 noch mit der Einsicht, dass wir als arrogante Nation auf Ressentiments stoßen werden. Wenn wir aber eine bescheidene Nation sind (*a humble nation*), wird man uns willkommen heißen. Was aber dann nach dem 11. September folgte, hatte wenig mit der Vorsicht und Zurückhaltung zu tun, die seine Amtsvorgänger praktizierten, allen voran sein Vater **George H. W. Bush**, der zwar nicht vor dem Gebrauch militärischer Macht zurückschreckte, aber selbst im Krieg nie die Grenzen und Folgen eines Einsatzes militärischer Gewalt aus dem Auge verlor.

Gewiss, Amerika ist, wie **Robert Kagan** und seine neo-konservativen Freunde es sehen, noch immer der Koloss in der internationalen Arena und weiterhin die „unverzichtbare“ Nation, die es schon in der **Clinton-Ära** war, also noch vor dem 11. September und der Phase des Unilateralismus, die dann folgte. Aber Amerika wird in Zukunft stärker die Legitimität multilateraler Institutionen brauchen, um Krisen nicht nur beeinflussen, sondern auch lösen zu können. Die Fähigkeit zur Krisenlösung hat abgenommen.

In der Doppelkrise im **Iran** und **Nordkorea** geht es im Kern um die Zukunftsfähigkeit der nuklearen Nichtweiterverbreitung. Bricht das NPT-System gegenüber einer dieser beiden Herausforderungen oder beiden zusammen, ist die Nuklearisierung in Asien und im Mittleren Osten kaum aufzuhalten. Die Non-Proliferationspolitik wäre gescheitert und nukleare Ambitionen in Asien (z.B. Japan und Südkorea) und im Mittleren Osten (z.B. in Saudi Arabien, Syrien und anderswo) wären nicht mehr zu bremsen. Die **Internationale Atomenergiebehörde (IAEA)** und die **Vereinten Nationen** bilden hier das multilaterale Entscheidungszentrum. Es geht aber auch um zentrale regionale Sicherheitsfragen. Im Falle der Nuklearkrise in **Nordkorea** versuchen die USA im Rahmen der Sechser-Gespräche mit China, Japan, Russland, Südkorea und Nordkorea zu einer Lösung auf dem Verhandlungswege zu kommen. Im **Iran** hat vor allem die Europäische Gemeinschaft ein Interesse daran, die regionale Stabilität zu sichern und hat mit dem von den EU-3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) geführten Verhandlungsprozess auch zu Lösungsansätzen beigetragen. Allerdings lassen sich Lösungen nur als Ergebnis des Zusammenwirkens zwischen den EU-3 und den USA im multilateralen Rahmen vorstellen. Der neu gewählte iranische Präsident, **Mahmud Ahmadinedschad**, scheint jedoch entschlossen zu sein, den Anspruch auf eine Nuklearfähigkeit des Iran auch gegenüber dem Widerstand Europas, Amerikas und in der Region durchzusetzen. Seine Drohung, Israel von

der Landkarte zu streichen kann nur als Signal verstanden werden, den Verhandlungsweg – und dieser müsste vor allem über Amerika laufen – auszuschließen, nicht zuletzt auch aus innenpolitischen Gründen. Der Iran ist ein junges Land und die junge Generation im Iran ist durchaus Amerika-freundlich. Gespräche und Verhandlungen mit Amerika könnten in der Tat dazu beitragen, das Regime der Mullahs innenpolitisch zu schwächen, während die Konfrontation mit dem Westen, einstweilen jedenfalls, innenpolitisch stabilisiert.

In der Region des Nahen Ostens ist Amerika noch immer die entscheidende Macht, aber mit der durch den Krieg im Irak verbundenen Belastung und in Zukunft möglicherweise ohne **Ariel Scharon** weniger durchsetzungsfähig. Der Friedensprozess dürfte deshalb schwieriger werden, auch weil auf palästinensischer Seite mit dem zunehmenden Einfluss von Hamas alles auf eine neue Krise hinausläuft. Sollten nach den palästinensischen Wahlen tatsächlich Hamas-Positionen stärker die offizielle Politik bestimmen, könnte es nicht nur zum diplomatischen Stillstand kommen, sondern auch zu einer humanitären Verschlechterung der Lage. Israel lehnt Verhandlungen mit Hamas ab, ist sich aber auch darüber im Klaren, dass langfristig ein Frieden ohne Hamas nicht möglich ist. Das Ergebnis einer solchen Entwicklung könnte sehr wohl ein paralleler unilateraler Prozess auf beiden Seiten sein anstelle von Verhandlungen.

Verändert hat sich unter dem Eindruck der Rückwirkungen des Krieges auch die Substanz der Republikanischen innenpolitischen Agenda, so wie sie sich in der **Reagan-Ära** und verstärkt mit dem Republikanischen Wahlsieg in den Zwischenwahlen von 1994 abzeichnete. Damals konnte die Republikanische Partei erstmals seit 1952 die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses gewinnen, obwohl **Bill Clinton** die beherrschende politische Figur im Weißen Haus war. Die zentralen Botschaften von damals waren

- ein ausgeglichener Bundeshaushalt
- niedrige Steuern
- Deregulierung und
- eine Beschränkung der Rolle des Staates.

So wie der **Korea-Krieg** innenpolitisch an der Substanz des **New Deal** zehrte und die **Eisenhower-Ära** einleitete, wird der Irak-Krieg die Republikanische Vorherrschaft ins Wanken und möglicherweise sogar zum Einsturz bringen. Noch fehlt auf Demokratischer Seite ein Bannerträger wie **Tony Blair** in der vergleichbaren innenpolitischen Situation in Großbritannien am Ende der **Thatcher-Ära**, aber viele Zeichen deuten auf den Politik-Wechsel hin, mit einer Ausnahme: der Aktienmarkt. Anfang des Jahres überschritt der Dow Jones erstmals seit 2001 wieder die magische Grenze von 11.000, ein Zeichen dafür, dass die amerikanische Wirtschaft weiter wächst und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Am Jahresende lag die Arbeitslosenquote bei 4.9%, ähnlich wie während der besten Jahre in der **Clinton-Ära**. Präsident **Bush** nahm für sich in Anspruch, mit seiner Politik der Steuersenkung das Richtige getan zu haben, um die amerikanische Wirtschaft nach dem Einbruch vom 11. September auf Wachstumskurs zu bringen.

Auf der Strecke bleibt damit jedoch der ausgeglichene Haushalt. Allein durch den hohen Anteil des Verteidigungshaushalts und des Haushalts für *Homeland Security* am Gesamtbudget nimmt der Staatsanteil an der amerikanischen Volkswirtschaft zu. Die Staatsverschuldung wächst und Amerika muss mit einem bedrohlichen Handels- und

Zahlungsbilanzdefizit leben. Anfang Januar dieses Jahres (2006) sprach der Economist zum bevorstehenden Wechsel an der Spitze der *FED* – **Alan Greenspan** wird in den Ruhestand gehen und Platz für seinen Nachfolger **Ben Bernanke** machen – von möglichen Gefahrenzeiten und Turbulenzen auf den Finanzmärkten. **George Soros** fürchtet sogar, dass Amerika schon im Jahre 2007 in eine Rezession abrutschen könnte.

Auf der Einkommenseite bleiben die Löhne und Gehälter hinter dem Produktivitätswachstum zurück. Die Haushaltssituation als Folge des Irak-Krieges macht innenpolitische Reformen unmöglich. Die als zentrales Reformvorhaben für die zweite Amtszeit angekündigte Reform von **Social Security** ist praktisch aufgegeben und wird nun nicht mehr vor Ablauf der zweiten Amtszeit von **George W. Bush** aufgegriffen werden können. Andere innenpolitische Reformvorhaben werden mit dem Herannahen der Zwischenwahlen im Herbst 2006 ebenfalls liegen bleiben. Für die Reform der Einwanderungspolitik zeichnet sich vor allem aufgrund von Konflikten innerhalb der Republikanischen Partei keine Mehrheit ab. Mit dem neuen **Energie-Gesetz** ist zwar ein Baustein der Republikanischen Agenda gesetzt, aber in einem entscheidenden Punkt mussten die Republikanische Mehrheit im Kongress und das Weiße Haus eine Niederlage hinnehmen: Neue Ölbohrungen in Alaska wird es nicht geben. Die umweltpolitische Agenda der Republikaner hat nun weder in der Öffentlichkeit noch im Kongress eine Mehrheit. Die amerikanische Öffentlichkeit würde eine pro-aktive Umweltpolitik unterstützen. Davon könnten die Demokraten profitieren, wenn es bei der negativen umweltpolitischen Agenda der Republikaner bleibt.

Präsident **Bush** wird im Jahre 2008 nicht mehr kandidieren. Zumindest seine Nachfolger werden dieses Thema dann verstärkt aufgreifen müssen. Wie auch bei den Demokraten wird das Feld der Kandidaten groß sein. Mehr als zehn Republikaner haben Interesse an einer Kandidatur bekundet (**John McCain, John Allen, Bill Frist, George Pataki, Mitt Romney, Rudy Giuliani, Newt Gingrich, Sam Brownback** und **Rick Santorum**. Auch **Condoleezza Rice** wird zur Kandidatur gedrängt). Bei den Demokraten sind bisher neun mögliche Kandidaten im Gespräch (**Hillary Clinton, Mark Warner, Bill Richardson, John Edwards, Tom Vilsack, Joe Biden, Evan Bayh, Al Sharpton** und möglicherweise auch **John Kerry**) und weitere könnten hinzukommen.

2. Das politische Umfeld

Ausnahmezustände können nicht von Dauer sein. Sie verlangen nach Normalität, auch nach tiefen Einschnitten in das Leben einer Gesellschaft wie sie der 11. September 2001 in Amerika hinterlassen hat. Die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus wird allerdings noch lange anhalten. Ob es sich dabei tatsächlich – wie die **Bush-Administration** es sieht – um einen Krieg handelt, war zwischen Europa und Amerika vielleicht mit Ausnahme der kurzen Periode zwischen dem 11. September 2001 und dem Krieg in Afghanistan immer umstritten. Alle Versuche, die Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus weniger scharf und drastisch zu kennzeichnen, z.B. als *global struggle against violent extremism* (oder auch kurz *G-SAVE*), haben den üppigen Gebrauch des Wortes Krieg nicht einschränken können. Auch hat sich schlecht vermeiden lassen, diese Auseinandersetzung als Kampf gegen den radikalen Islam zu charakterisieren, mit dem Ergebnis, dass auf islamischer Seite von einem Krieg gegen den Islam gesprochen werden konnte. Der globale Krieg gegen den Terror (*global war on terror* oder auch kurz *GWOT*) war für die **Bush-Administration** von Anfang an mehr als nur ein gewaltsamer Konflikt. Er wurde zu einem politischen Ordnungsprinzip nach innen und nach außen, um einer existenziellen Herausforderung zu begegnen.

Im Innern herrschte nach dem 11. September de facto eine Art Ausnahmezustand mit einer Machtkonzentration in der Hand der Exekutive, wie sie Amerika selten zuvor in seiner Geschichte erlebt hatte. Nach außen galt der Grundsatz „*you are either with us or the terrorists*“ und damit gab es für Freunde und Verbündete kaum Spielraum für eigenes Handeln in einer Auseinandersetzung, die nicht nur für Amerika, sondern auch für viele andere Gesellschaften gleichermaßen existenzieller Natur war.

Der **Bush-Administration** ist es gelungen, den de facto Ausnahmezustand auch als Legitimationsgrundlage für umfangreiche institutionelle und strategische Reformen zu nutzen und den Krieg gegen den Terror als Anspruchsgrundlage für eine zweite Amtszeit in der Wahlauseinandersetzung 2004 ins Spiel zu bringen. Das Wahlergebnis bestätigte den Führungsanspruch von **George W. Bush** im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Auf dem Gebiet der Terrorbekämpfung erzielte **George W. Bush** in öffentlichen Meinungsumfragen stets die besseren Werte als sein Demokratischer Gegenkandidat **John Kerry**.

Einige der unmittelbar nach dem 11. September unter dem Eindruck der Bedrohung durch den Terrorismus vorgenommenen institutionellen Reformen werden auch über die Amtszeit von **George W. Bush** hinaus Bestand haben, wie zum Beispiel:

- die Schaffung des *Department of Homeland Security*;
- zentrale Teile des *US Patriot Act* wie zum Beispiel die Möglichkeit, geheimdienstlich beschaffte Informationen der zivilen Gerichtsbarkeit zugänglich zu machen und die strikte Trennung zwischen Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden aufzuheben;
- die Umstellung der amerikanischen Streitkräfte und Geheimdienste auf die neue Form der Bedrohung durch den Terrorismus.

Die Anzeichen dafür, dass die mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verbundene Zeit des Ausnahmezustandes ausläuft, mehren sich jedoch. Im Kongress regt sich Widerstand gegen die Machtfülle des Präsidenten unter den Bedingungen des Kampfes

gegen den Terrorismus, in dessen Namen Amerika nicht nur einen unvermeidbaren Krieg gegen Afghanistan führte, um das Taliban-Regime zu beseitigen, sondern auch den – zumindest aus der Rückschau – vermeidbaren Krieg im Irak auslöste. In militärischen Kreisen wächst die Sorge vor einer Überforderung der amerikanischen Streitkräfte durch eine Kriegsführung, die fast die Hälfte der amerikanischen Bodentruppen im Irak bindet, sie zur Zielscheibe terroristischer Angriffe macht und damit der demokratischen Stabilisierung des Landes zuwiderläuft.

Immer stärker regt sich auch Widerstand gegen die Einschränkung von Freiheitsrechten wie sie der unter dem Eindruck des 11. September mit großer Mehrheit verabschiedete *US Patriot Act* vorübergehend erlaubte. Vier Jahre nach dem 11. September wird nicht nur in großen Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit, sondern auch im Kongress der Ruf nach einer Rücknahme von außerordentlichen Vollmachten lauter, obwohl der Kongress zunächst unmittelbar nach dem 11. September umfassenden Vollmachten des Präsidenten im Kampf gegen den Terrorismus zugestimmt hatte. In der Resolution des Kongresses vom 14. September 2001 wurde der Präsident autorisiert, alle Mittel, die „*notwendig und angemessen*“ sind einzusetzen, um weitere terroristische Angriffe abzuwehren.

Die **Bush-Administration** interpretierte die Rechtslage nach dem 11. September auf dieser Grundlage sowie unter Rückgriff auf Artikel 2 der Verfassung, der die Exekutivgewalt des Präsidenten betrifft und seine Rolle als *Commander in Chief of the Armed Forces* beschreibt so, dass der Kongress präsidentiellen Entscheidungen in Bezug auf terroristische Bedrohungen keinerlei Auflagen machen kann. Mit anderen Worten: Der Präsident hat vollkommene Handlungsfreiheit. In einem Memorandum des Justizministeriums vom 25. September 2001 heißt es: „*no statute passed by Congress can place any limits on the president's determination as to any terrorist threat, the amount of military force to be used in response, or the method, timing and nature of the response*“. Diese Rechtsinterpretation wurde die Grundlage für die Entscheidung, Militärtribunale für die Aburteilung von Terroristen einzurichten, statt sie der ordentlichen Gerichtsbarkeit zuzuführen; Terroristen ohne Rücksicht auf die Genfer Konvention als *enemy combatants* in Guantanamo Bay, Kuba, ohne zeitliche Befristung festzuhalten und geheime Gefängnisse der CIA in anderen Ländern zu unterhalten. Selbst amerikanische Staatsbürger wurden als *enemy combatants* festgehalten. Zur Anwendung kamen auch Untersuchungs- und Befragungsmethoden, die zum Teil die Grenze zur Folter überschritten und in den Exzessen in den Gefängnissen von *Abu Ghraib* mündeten.

Als Vordenker einer Rechtsauffassung, die u.a.

- die Genfer Konvention als nicht anwendbar für Terroristen hält;
- dem Kongress das Recht abspricht, Auflagen für die Anwendung der Folter zu machen; und
- amerikanische Staatsbürger auch ohne richterliche Genehmigung abhören zu lassen, wenn es um die Abwehr terroristischer Bedrohungen geht;

gilt vor allem **John Yoo**, zur Zeit der Terrorangriffe vom 11. September Mitarbeiter im *Office of Legal Council* des Justizministeriums. Das Amt ist die offizielle Rechtsberatungsinstitution der amerikanischen Regierung und zusammen mit dem Amt des *White House Council* – bis zum Ende der ersten Amtszeit von **George W. Bush** geleitet von

Alberto Gonzales, dem jetzigen Justizminister, – die wichtigste Quelle der Rechtsberatung des Präsidenten.

Die Ausübung von Regierungsgewalt vorbei am Kongress, ohne Abstützung auf den normalen Rechtsweg und unter Ausschluss der amerikanischen Öffentlichkeit wird nun nicht mehr akzeptiert. Wider Willen musste das Weiße Haus einem von Senator **John McCain** eingebrachten Zusatzantrag mit einem absoluten Folterverbot zustimmen. Die 9/11-Ära beginnt auszulaufen.

Der Präsident steht nun nicht nur vor einer Legitimitätskrise, sondern mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2008 auch vor dem natürlichen Autoritätsverlust, der sich aus der Tatsache ergibt, dass er 2008 nicht wieder gewählt werden kann. In der amerikanischen Innenpolitik wird schon bald ein neues Kapitel aufgeschlagen werden und die Republikanische Mehrheit im Kongress spürt Gegenwind. Vor allem der **Abramoff**-Korruptionsskandal wird die Republikanische Führung im Senat und im Repräsentantenhaus schwer belasten. Selbst das Weiße Haus ist von diesem Skandal betroffen. Ein Mitarbeiter des Weißen Hauses (**David H. Safavian**) gehörte zu den Empfängern von Bestechungsgeldern, über die **Abramoff** als einer der mächtigsten Lobbyisten in Washington reichlich verfügte. Nach jüngsten Meldungen sollen auch Verbindungen zwischen **Abramoff** und **Karl Rove** bestanden haben. Sollte das der Fall sein, wird der Skandal möglicherweise voll auf das Weiße Haus durchschlagen. Auch die Wahlkampforganisation von Präsident **Bush** gehörte zu den vielen Empfängern von **Abramoff**-„Spenden“. Mindestens 60 Abgeordnete und Senatoren sollen Teil des Lobby-Netzwerks von **Abramoff** gewesen sein. Die meisten **Abramoff**-Spenden – allen voran das Weiße Haus – werden nun schnell zurückgegeben werden und fließen mildtätigen Zwecken zu.

Das große Geld verdiente **Abramoff** mit Lobby-Diensten für die Casino-Interessen von Indianerstämmen. Allein von Indianerstämmen flossen **Abramoff** 80 Millionen US-Dollar zu. Der wichtigste Aspekt des Skandals aber ist die Verbindung zu **Tom Delay**. **Abramoff** identifizierte sich in seiner Lobby-Tätigkeit als Republikaner und nutzte vor allem seine Drähte zum Mehrheitsführer der Republikaner im Repräsentantenhaus als Ausweis für seinen politischen Einfluss. Vereinzelt werden aber strategisch wichtige Demokraten im Kongress mit Wahlkampfspenden unterstützt. Für **Tom Delay** (R-Texas), einst mächtiger Mehrheitsführer der Republikaner im Repräsentantenhaus, ist die Verwicklung in den **Abramoff**-Skandal das endgültige „Aus“ für seine politische Karriere. **Delay** steht in Texas unter dem Verdacht der Geldwäsche. Er schleuste gesetzeswidrig Gelder, die für nationale Wahlkämpfe bestimmt waren, in die Wahlkampfauseinandersetzung in Texas und sorgte dort für einen Wahlkreiszuschnitt, der Texas für lange Zeit eine Republikanische Kongressmehrheit sichern wird. Er hat nun unter dem Eindruck des **Abramoff**-Skandals seine Ambitionen aufgegeben, sich wieder um das Amt des Mehrheitsführers zu bemühen. Mit **Delay** verliert **George W. Bush** seinen mächtigsten Alliierten im Kongress. **Delay** sorgte dafür, dass Gesetzesvorhaben, an denen dem Weißen Haus besonders lag, zügig durch den Kongress geschleust wurden. Mehrheiten im Kongress zu finden wird nun für das Weiße Haus sehr viel schwerer.

In der amerikanischen Öffentlichkeit ist zu spüren, dass man wieder zu einem normalen Leben zurückkehren möchte. So wünschenswert eine verstärkte Effizienz von Regierung und Kongress in der Terrorismusbekämpfung auch ist, Einschränkungen der persönlichen Freiheit oder Opfer an Lebensqualität will man nicht hinnehmen. Die Öffentlichkeit stumpft auch ab

gegenüber einem übermäßigen – dem Lehrbuch des Sicherheitsstaates entnommenen – Gebrauch von prophylaktischen Warnungen. Vor allem aber ist die Bereitschaft, den Irak-Krieg zu unterstützen, begrenzt, je länger er andauert.

Der Irak-Krieg zieht sich nun schon fast drei Jahre hin. Die **Bush-Administration** tut alles, um diesen Krieg in seiner historischen Bedeutung am Maßstab des Zweiten Weltkrieges zu messen und die großen Opfer an Menschen, Material und finanziellen Ressourcen als Voraussetzung für einen notwendigen Sieg in einer historischen Auseinandersetzung darzustellen. Sie stößt damit aber auf eine zunehmende Skepsis, denn die Vietnam-Kriegserfahrung ist vor allem für die diejenigen, die ihn noch selber miterlebt haben, ein warnendes Beispiel.

Zweifel an der Richtigkeit und Notwendigkeit der Politik der **Bush-Administration** setzen nun massiv ein, getrieben nicht nur von einer sich als falsch erwiesenen Begründung für den Krieg – Massenvernichtungswaffen in der Hand von **Saddam** einschließlich seiner möglichen Nuklearfähigkeit –, sondern auch von einer Kriegsführung mit moralisch fragwürdigen Praktiken. Noch schwerer als die Terroristen-Gefängnisse in *Guantanamo Bay*, die Vorfälle von Folter und Sadismus in *Abu Ghraib* und die Aufdeckung von geheimen Gefängnissen in Osteuropa wiegen die innenpolitischen Rückwirkungen der elektronischen Überwachungsmaßnahmen auch von amerikanischen Staatsbürgern in den USA durch die *National Security Agency (NSA)*. Diese Überwachungsmaßnahmen wurden z.T. ohne vorherige richterliche Genehmigung durchgeführt, wie sie auf der Grundlage des *Foreign Intelligence Surveillance Act* von 1978 eigentlich erforderlich sind. Ein Bericht des *Congressional Research Service* zur Frage der Zulässigkeit von Abhörmaßnahmen ohne richterliche Genehmigung kommt zu dem Ergebnis, dass solche Aktivitäten auch unter den Bedingungen des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus nicht ohne richterliche Genehmigung durchgeführt werden können. Die Aufdeckung dieser Überwachungsmaßnahmen ohne richterliche Genehmigung (*warrantless surveillance*) durch die *NSA* trug maßgeblich dazu bei, dass die von der **Bush-Administration** geforderte vierjährige Verlängerung des *Patriot Act* im amerikanischen Senat scheiterte. Auch vier Republikanische Senatoren [**Chuck Hagel** (R-Nebraska), **Larry Craig** (R-Idaho), **Lisa Murkowski** (R-Alaska) und **John Sununu** (R-Maine)] votierten gegen eine vierjährige Verlängerung des *Patriot Act* in der gegenwärtig gültigen Fassung.

Das alles hat nicht nur zu einem schweren Ansehensverlust Amerikas und neuen, schweren Verwerfungen im transatlantischen Verhältnis geführt, sondern nagt letztlich auch am amerikanischen Selbstbewusstsein und Selbstverständnis als Nation.

Umfragen und Wahlergebnisse zeigen, dass die **Bush-Administration** den Rückhalt in der öffentlichen Meinung verloren hat. Nur noch 40% der Amerikaner sind mit der Amtsführung von Präsident **Bush** einverstanden. Zwar hat sich das Bild der öffentlichen Meinung über die Amtsführung von Präsident **George W. Bush** von seinem Tiefpunkt im November 2005 leicht erholt, im Wesentlichen aufgrund relativ solider ökonomischer Daten trotz *Katrina* und *Rita*. Die Arbeitslosigkeit blieb konstant bei 5% und bewegte sich von Mai bis November 2005 zwischen 4,9% und 5,1%. Der Dollar nahm 2005 gegenüber dem Euro und Yen an Wert zu, gegenüber dem Euro um 12% und dem Yen sogar um 15%. Eine Mehrheit von 56% der Amerikaner beurteilt die wirtschaftliche Lage als gut, vor allem auch verglichen mit Europa, wo Unruhen in Frankreich und Schwierigkeiten in Deutschland Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsmodells aufkommen ließen.

Das administrative Versagen amerikanischer Regierungsbehörden im Umgang mit den Folgeschäden des Wirbelsturms *Katrina* wird der **Bush-Administration** jedoch noch lange als Makel anhaften. *Katrina* wird sich vermutlich einmal als Wendepunkt des Schicksals in der Präsidentschaft von **George W. Bush** erweisen und als Anfang vom Ende der **Bush-Revolution** in die Geschichte eingehen. Mehr als 1400 Menschen verloren in diesem Wirbelsturm ihr Leben. Mehr als 1 Mio. Menschen wurden obdachlos. Es war der kostspieligste Wirbelsturm in der Geschichte Amerikas. Insgesamt werden wohl mindestens 200 Mrd. Dollar aufgewendet werden müssen, um die Folgekosten von *Katrina* und *Rita* zu finanzieren.

Seit *Katrina* und *Rita* ist das Erscheinungsbild der **Bush-Administration** in der amerikanischen Öffentlichkeit schwer angeschlagen. 52% der Amerikaner sind der Auffassung, dass die Regierung die Öffentlichkeit in der Irak-Politik absichtlich getäuscht hat. **George W. Bush** wirkt nach wie vor extrem polarisierend. Der Zustimmungsrate von 79% unter seinen Republikanischen Anhängern stehen nur 12% der Demokraten und 34% der Unabhängigen gegenüber. Eine Mehrheit von 53% der Amerikaner ist mit seiner Amtsführung unzufrieden. Mit einer Zustimmungsrate von nur gut 40% der Amerikaner steht **George W. Bush** heute sehr viel schlechter da als alle anderen Präsidenten vor ihm in derselben Phase ihrer zweiten Amtszeit. **Bill Clinton** erhielt trotz aller widrigen Umstände mit **Monica Lewinsky** zu Beginn seiner zweiten Amtszeit ein Jahr nach seiner Wiederwahl immerhin 58% Zustimmung und **Ronald Reagan** trotz Belastung durch den Iran-Contra-Skandal 68%. Beunruhigend für das Weiße Haus müssen vor allem die neuen Daten über die Akzeptanz der Außen- und Sicherheitspolitik der **Bush-Administration** sein. Hier hatten die Republikaner traditionell den stärkeren Rückhalt in der Öffentlichkeit. Der Irak-Krieg hat hier zu einer Wende geführt. Nur noch 36% der Bevölkerung stützen die Außenpolitik der **Bush-Administration**, ein gewaltiger Vertrauensverlust verglichen mit den Daten zu Beginn des Irak-Krieges.

Obwohl auch der Kongress insgesamt in der amerikanischen Öffentlichkeit schlechte Noten erhält (nur 33% beurteilen die Arbeit des Kongresses positiv), scheinen die Demokraten allmählich von dem durch den Irak-Krieg geschwächten Erscheinungsbild der Republikaner zu profitieren. In der so genannten Sonntagsfrage würden sich heute 42% der Amerikaner für Demokratische Kandidaten entscheiden und nur 33% für einen Republikaner.

Die Mehrheit der Amerikaner ist der Auffassung, dass die Opfer an Menschenleben und Ressourcen, die der Irak-Krieg kostet, nicht gerechtfertigt sind. Die Gesamtkosten des Irak-Krieges könnten sich möglicherweise auf 500 Mrd. US-Dollar belaufen oder sogar mehr, wie jüngste Berechnungen ergeben haben. Zur Zeit liegen die Ausgaben bei ca. 230 Mrd. US-Dollar. Zwar versteht die Öffentlichkeit, dass Amerika sich jetzt nicht einfach aus dem Irak zurückziehen kann – die Folge wäre ein Bürgerkrieg und damit verbunden das Scheitern der Ansätze eines demokratisch legitimierten Regierungssystems im Irak. Der öffentliche Druck auf einen Truppenrückzug – ganz oder zumindest teilweise – nimmt jedoch zu.

Der frühere amerikanische Verteidigungsminister **Melvin Laird**, in der **Nixon-Administration** damit beauftragt, den amerikanischen Rückzug aus Vietnam zu organisieren, empfahl Präsident **Bush**, die Parallele zwischen dem Vietnam-Krieg und dem Irak-Krieg ernst zu nehmen und aus der Vietnam-Erfahrung die notwendigen Schlussfolgerungen für die jetzige Lage im Irak zu ziehen. **Laird** empfiehlt in Anlehnung an die *Vietnamisierung* von damals die *Irakisierung* des Konflikts durch verstärkte Maßnahmen zur Ausbildung und durch eine möglichst umfassende Unterstützung der Streit- und

Sicherheitskräfte des Irak als Voraussetzung für den Rückzug. Anders als in Vietnam soll dadurch der geordnete Rückzug der US Streitkräfte ermöglicht werden.

Die **Bush-Administration** versucht, das in der Öffentlichkeit verlorene Vertrauen durch eine Strategie zurückzugewinnen, die den Erfolg im Irak als zum Greifen nahe darstellt. Der Auftakt für eine breit angelegte öffentliche Kampagne der Siegeszuversicht war eine Rede von **George W. Bush** in der *US Naval Academy* in Annapolis am 7. Dezember 2005. Die 4000 Kadetten dieser Militärakademie demonstrierten die gewünschte Zustimmung. In der Öffentlichkeit aber überwiegt die Skepsis. Umfragen nach der Rede des Präsidenten in der *US Naval Academy* und der Veröffentlichung eines neuen Regierungsdokuments unter dem Titel *National Strategy for Victory in Iraq* auch auf der *website* des Weißen Hauses besagen, dass die Kampagne kaum Wirkung gezeigt hat.

Ohne einen politischen Konsens beider Parteien für die Zukunft ist ein Umschwung in der öffentlichen Meinung auch nicht zu erwarten. Je näher die Zwischenwahlen vom Herbst 2006 rücken, wenn das Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats neu zu wählen sind, desto stärker wird sich auf Demokratischer Seite eine Anti-Kriegsstimmung durchsetzen, die unabhängig von der Lage im Irak auf Rückzug der amerikanischen Truppen drängen wird. Den Anfang für eine neue Bewegung innerhalb der Demokratischen Partei machte der eher konservative und für seine pro-*Pentagon* Haltung bekannte Abgeordnete **John Murtha** (D-Pennsylvania) mit einer emotionalen Rede im Repräsentantenhaus, als er aus der ausweglos erscheinenden Lage im Irak die Schlussfolgerung zog, dass die amerikanischen Streitkräfte nun zu einem Hindernis für die Befriedung des Irak geworden seien und möglichst bald abgezogen werden müssten – nicht sofort und überstürzt, aber sicher noch vor Ende des Jahres 2006. Zwar distanzierte sich die Führung der Demokratischen Partei im Senat und im Repräsentantenhaus zunächst von der Position **Murthas** und stimmte geschlossen gegen einen provokatorisch von Republikanischer Seite eingebrachten Antrag auf den sofortigen Truppenrückzug aus dem Irak, aber in Wirklichkeit wird die Position **Murthas** von der breiten Parteiöffentlichkeit nachdrücklich unterstützt.

Die entscheidende Frage wird sein, in welchem Maße die lokalen Bedingungen im Irak einen geordneten Rückzug der amerikanischen Streitkräfte erlauben werden. Eine Schlüsselrolle spielt dabei das Wahlergebnis vom 15. Dezember 2005. Das rein zahlenmäßige Ergebnis ist viel versprechend. Mit einer Wahlbeteiligung von über 70% und reger Beteiligung auch der Sunnis steht die Legitimität des Wahlausgangs nicht ernsthaft zur Debatte. Bei den Januarwahlen 2005 sind viele Sunnis zu Hause geblieben, auch unter dem Eindruck von Bedrohung und Angst vor Vergeltung. Diesmal war das anders. Aber werden nach diesen Wahlen der neuen irakischen Regierung genügend Legitimität und Machtmittel zur Verfügung stehen, um die terroristischen Angriffe unter Kontrolle zu bekommen? In Vietnam machten die Vereinigten Staaten den schweren Fehler, die südvietnamesische Regierung nach den von **Kissinger** geführten Verhandlungen mit Nordvietnam über einen ehrenvollen Rückzug praktisch ohne jede wirksame Hilfe im Stich zu lassen. Südvietnam wurde innerhalb kürzester Zeit überrannt und fiel in nordvietnamesische Hände. Im Irak würden die Vereinigten Staaten mit Sicherheit nicht eine Entwicklung zulassen, die den Verlust der Kontrolle durch die eigenen Kräfte bzw. einer legitimen irakischen Regierung bedeuten würde.

Beide Parteien sind sich darin einig, dass am Ende der Entwicklung im Irak der Rückzug steht. Die Demokraten tun sich jedoch mit dem Irak-Krieg schwerer als die Republikaner. Eine einheitliche Position außer dem allseits akzeptierten langfristigen Ziel eines Rückzugs

Amerikas aus dem Irak ist nicht sichtbar. Senator **Joe Lieberman** fordert die Demokraten offen dazu auf, die Strategie und Position der **Bush-Administration** zu unterstützen. Er wird nun als möglicher Nachfolger von Verteidigungsminister **Rumsfeld** gehandelt, falls dieser sein Amt vorzeitig aufgeben müsste, worauf viele Republikaner – angeführt von der Zeitschrift *Weekly Standard* und ihrem Herausgeber **Bill Kristol** – drängen.

Eine Position in der Mitte versucht **Hillary Clinton** einzunehmen. Sie steht im Herbst 2006 zur Wiederwahl als Senatorin von New York an, muss aber gleichzeitig versuchen, ihre Aussichten auf eine Präsidentschaftskandidatur im Jahre 2008 nicht zu beeinträchtigen. Anders als **John Edwards**, Vizepräsidentschaftskandidat von **John Kerry** bei den Wahlen 2004, der seine Stimmabgabe für die Irak-Resolution vom Oktober 2001 angesichts der neuen Kontroverse über einen möglicherweise manipulativen Umgang der **Bush-Administration** mit Geheimdienstmaterial öffentlich zurücknahm, bekannte sich **Hillary Clinton** zu ihrer damaligen Stimmabgabe, forderte aber in einem Brief an ihre Wähler gleichzeitig die **Bush-Administration** auf, nach den Dezemberwahlen in Irak phasenweise einen Abzug regulärer amerikanischer Streitkräfte einzuplanen, wenn es die Bedingungen vor Ort zulassen. Mit ähnlichen Vorschlägen hatte sich auch **Bill Clinton** in die Irak-Debatte innerhalb der Demokratischen Partei eingeschaltet.

Innerhalb der Demokratischen Partei sind die Weichen für das Wahljahr 2006 klar auf eine Beendigung des amerikanischen militärischen Engagements im Irak gestellt. Insofern kann sich **Howard Dean** als Parteivorsitzender in seiner frühen Kritik am Irak-Krieg bestätigt sehen. Auf einen festen Zeitpunkt für den Rückzug wird sich die Partei aber mit ziemlicher Sicherheit nicht einlassen, obwohl viele Parteianhänger und -mitglieder genau dies zunehmend fordern. Die Führung der Partei im Kongress liegt eher auf der Linie von **Wesley Clark**, der trotz des *overstretch* der amerikanischen Streitkräfte vor einem verfrühten Rückzug warnt, auch um die Region nicht in die Hände des theokratischen Regimes im Iran fallen zu lassen. „*Pullout not until the job is done*“ ist seine Devise.

Spätestens im Zuge des unmittelbar nach den Zwischenwahlen von 2006 einsetzenden Wahlkampfes um das Präsidentenamt wird es eine erbitterte Auseinandersetzung darüber geben, wer – falls der Ausgang dieses Konflikts ein neues Vietnam sein sollte – die Verantwortung dafür zu tragen hat oder – falls der Ausgang tatsächlich in einem messbaren Verhältnis zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges (so wie ihn Amerika erfahren hat) stehen sollte – den historischen Erfolg für sich in Anspruch nehmen kann. In dieser Auseinandersetzung wird **George W. Bush** zwar nicht mehr als Kandidat antreten, aber seine Präsidentschaft und sein Politikmodell werden auch die nächste Phase der amerikanischen Innen- und Außenpolitik bestimmen. Die Rückwirkungen seiner Politik werden sowohl die nächste Generation Republikanischer als auch Demokratischer Politiker prägen.

George W. Bush hat durch die Abstützung seiner Politik auf das religiöse Amerika eine neue Dimension für den politischen Diskurs und für den politischen Prozess eröffnet. Der politische Wettbewerb und die Mehrheitsbildung drehen sich heute entscheidend um die Frage, wie auch Demokraten das religiös geprägte Amerika für sich gewinnen können. Das Buch „*God is not a Republican*“ von **Jim Wallis** macht deutlich, dass die Republikanische Partei keinen Monopolanspruch auf Repräsentation des religiösen Amerika hat. Andererseits hat **George W. Bush** in den vergangenen 6 Jahren vor allem mit der Besetzung von obersten Bundes- und Verfassungsrichtern erreicht, dass im Bereich der Justiz die Republikanische

politische Programmatik besser abgesichert ist als jemals zuvor in der amerikanischen Geschichte. Mit der Ernennung und Bestätigung von **John Roberts** als *Chief Justice* des *Supreme Court* und der sehr wahrscheinlichen Ernennung von **Samuel Alito** als *Supreme Court Justice* anstelle der ausscheidenden, eher zentristischen **Sandra Day O'Connor**, gibt es nun eine solide, katholisch geprägte Mehrheit im *Supreme Court*. Diese Mehrheit wird die amerikanische Politik noch für lange Zeit konservativ prägen. Vor allem Frauenverbände befürchten, dass die neue *Supreme Court* Mehrheit „*Roe v. Wade*“ und die bisherige Fristenlösung wieder zurücknehmen oder zumindest einschränken könnte. Der Versuch, den offenen *Supreme Court* Sitz mit einer engen Mitarbeiterin, **Harriet Miers**, zu besetzen, scheiterte am Widerstand des konservativen Flügels in der Republikanischen Partei. **George W. Bush** musste die Ernennung unter ziemlich kläglichen Umständen zurückziehen. **Miers** war dem konservativen Flügel der Republikaner zu wenig profiliert und zog die Kandidatur von sich aus zurück, um das Weiße Haus zu schonen.

Gibt es keinen erfolgreichen Rückzug der amerikanischen Streitkräfte bis 2008, werden sich in beiden Parteien Kritiker bzw. Gegner des Irak-Krieges für die politische Führung des Landes durchsetzen, oder diejenigen, die sich ganz aus der Irak-Debatte herausgehalten haben und – wie nach Vietnam und Watergate **Jimmy Carter** – ein neues Kapitel amerikanischer Geschichte aufschlagen können. Bei den Demokraten könnte ein bisher außenpolitisch eher unbeschriebenes Blatt wie der ehemalige Gouverneur des Staates Virginia, **Mark R. Warner**, diesem Bedarfsprofil entsprechen. Seine Themen sind Energie, Ausbildung, Arbeitsplätze und die amerikanische wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene. **John Kerry** hat bisher eine erneute Kandidatur nicht ausgeschlossen. Dass er sich aber tatsächlich erneut zur Wahl stellen wird, ist eher unwahrscheinlich. Relativ gute Chancen für eine erfolgreiche Kandidatur könnte dagegen Senator **Evan Bayh** (D-Indiana) haben. Er hat sich bisher kontinuierlich in einem überwiegend Republikanischen Staat in den Senatswahlen als Demokrat durchsetzen können. Sicher wird es 2008 wieder eine relativ große Zahl Demokratischer Präsidentschaftskandidaten geben. Viele rechnen auch damit, dass Gouverneur **Bill Richardson** (D-New Mexico) sich um eine Kandidatur bewerben wird. Zunächst richtet sich die politische Aufmerksamkeit auf die Zwischenwahlen im Herbst 2006. Danach beginnt dann das Rennen um das Weiße Haus im Jahre 2008. Bleibt der Erfolg im Irak aus, stehen die Chancen für einen Demokratischen Wahlsieg nicht schlecht.

Für ein neues Republikanisches Mandat für das Weiße Haus gäbe es unter diesen Bedingungen wohl nur wenig Chancen, selbst wenn Irak-Kriegs-Kritiker wie **Chuck Hagel** oder Gouverneur **George Pataki**, der bisher kaum an der Irak-Debatte beteiligt war, kandidieren sollten. Wenn der Irak-Krieg schief gehen sollte, ist möglicherweise schon 2006 die Republikanische Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus in Gefahr. Die Ergebnisse der Gouverneurswahlen in Virginia und New Jersey vom 8. November 2005 sowie der Wählerinitiativen in Kalifornien, Ohio und Texas und auf kommunaler Ebene in New York City und anderen Städten und Gemeinden sind für das Weiße Haus und die Republikanische Partei kein gutes Zeichen. Die innenpolitische Belastung durch einen gewollten, aber nicht enden wollenden Krieg ist unübersehbar. Historische Vergleiche unterstreichen die kritische Größenordnung militärischer Auseinandersetzungen für die amerikanische Innenpolitik. Im Frühjahr 2006 wird der Irak-Krieg die Dauer des **Korea-Krieges** übertreffen. Schon jetzt dauert der Irak-Krieg länger an als der **Erste Weltkrieg**.

Die Zahl der amerikanischen Opfer des Irak-Krieges liegt jetzt bei 2219 (Stand vom 18. Januar 2006). Dies ist sicher nicht vergleichbar mit den großen Kriegen der Vergangenheit, die sehr viel mehr Menschenleben gefordert haben, aber schon jetzt ist der Irak-Krieg eines der wirtschaftlich kostspieligsten Kriegs-Unternehmen in der amerikanischen Geschichte, übertroffen nur vom Zweiten Weltkrieg und Vietnam.

Die Zahl der irakischen Kriegesopfer hat Präsident **Bush** mit 30.000 Toten beziffert. Um diese Verluste und Opfer zu rechtfertigen, muss die **Bush-Administration** die Bedeutung der dem Krieg zugrunde liegenden Auseinandersetzung hoch schrauben. Vizepräsident **Cheney** erklärte zum Beispiel, dass **al Quida** im Falle eines Erfolges im Irak versuchen würde, ein **Kalifat** zu errichten, das von Spanien über Nordafrika durch den Mittleren Osten und Süd Asien bis nach Indonesien reicht. Entsprechend hoch sind demzufolge die Erfolgsvorstellungen der **Bush-Administration**: Es ist das Versprechen eines demokratischen Friedens. Als Erfolge auf dem Wege zum demokratischen Frieden verbucht die neue Außenministerin u.a.:

- die Beendigung der Besatzung und demokratische Reformen im **Libanon**;
- eine **palestinensische Behörde**, die frei gewählt ist und den Frieden mit **Israel** sucht;
- ein **Ägypten**, das seine Verfassung reformiert hat, um eine Mehrparteienwahl durchzuführen;
- ein **Kuwait**, in dem Frauen heute volle Staatsbürger sind und
- ein **Irak**, in dem erstmals freie Wahlen unter schwierigen Bedingungen stattfanden, eine neue Verfassung verabschiedet wurde und wo nun am 15. Dezember 2005 zum ersten Mal eine verfassungsmäßige Regierung gewählt wurde.

Von der Qualität und dem Funktionieren der neuen irakischen Verfassung wird in ganz entscheidendem Maße abhängen, ob a) eine Irakisierung des Konflikts Platz greifen kann und b) eine als legitim anerkannte Zentralregierung über ausreichende Machtgrundlagen verfügen wird, um Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten. Die Erwartungen sind jedoch geteilt. **Kanan Makiya**, einer der führenden Köpfe des irakischen Widerstands gegen **Saddam** und heute in Amerika lebend, sieht die neue Verfassung als ein Dokument der Desintegration an, das dringend der Reparatur bedarf, wenn man das Land von der Anarchie retten will: *Wenn aus dem jetzigen Chaos eine Demokratie entstehen soll, dann muss der Staat von der Unverantwortlichkeit der irakischen Parteien und den Wahlblöcken in Schutz genommen werden, die ihn heute in den Tod treiben.*

Dies sind starke, aber im Kern pessimistische Aussagen. Es gibt auch eine Reihe von positiven Faktoren, die einen Vietnam-ähnlichen Ausgang keinesfalls zwangsläufig erscheinen lassen. Dazu gehören nicht erst seit den Wahlen vom 15. Dezember 2005:

- eine zügigere Entwicklung bei Ausbildung und Training von irakischen Sicherheitskräften (Polizei und Militär);
- eine bessere Kommunikationsinfrastruktur: Telefon, Fernsehen, Informationstechnologie;
- bessere Schul- und Ausbildungsbedingungen;
- ein leicht anziehendes Wirtschaftswachstum.

Auf der anderen Seite sind die Ölproduktion und Elektrizitätsversorgung noch immer unterhalb des Niveaus vor dem Krieg und was noch schwerer wiegt: Die aktive und passive Unterstützung des Widerstandes gegen Amerika und eine von Amerika abhängige irakische Führung ist noch immer sehr stark. Das spricht gegen einen verfrühten Rückzug amerikanischer Streitkräfte, so dass die **Bush-Administration** vor einem nur schwer lösbaren Dilemma steht. Solange amerikanische Präsenz im Irak anhält, wird der Terrorismus nicht nur nicht nachlassen, sondern eher stärker werden. Ziehen die amerikanischen Streitkräfte verfrüht ab, überlässt man das Land den Terroristen, die sich in diesem Fall als Sieger fühlen würden und mit einem solchen Erfolg auf den eigenen Fahnen möglicherweise tatsächlich zu einer neuen globalen Kraft werden könnten. Was sich unter diesen Umständen anbietet, ist eine Doppelstrategie. Einerseits wäre das Ziel die *Irakisierung* des Konflikts, verbunden mit einer maximalen Stärkung irakischer Sicherheitskräfte durch Training, Ausbildung und technische Unterstützung bei gleichzeitiger gradueller Reduzierung amerikanischer Präsenz. Zeitpläne für die Beendigung des amerikanischen Engagements müssen jedoch von den Bedingungen vor Ort abhängig bleiben.

3. Die wirtschaftliche und soziale Lage

Von den Themen, mit denen Präsident **Bush** seine zweite Amtszeit inhaltlich zu füllen beabsichtigte, ist wenig übrig geblieben. Die Zeit für innenpolitische Reformvorhaben wird nun knapp, denn mit dem Einsetzen des Wahlkampfes für die Zwischenwahlen im Herbst 2006 werden politische Entscheidungen auch unter den Bedingungen einer Republikanischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses immer schwieriger. Die zentralen Reformvorhaben der **Bush-Administration** für die zweite Amtszeit sind vom Irak-Krieg überschattet. Die wichtigsten Reformziele waren:

- eine Reform der amerikanischen **Rentenversicherung** (*Social Security*) durch Teilprivatisierung;
- eine **Steuerreform** mit dem Ziel der Vereinfachung und einer Entlastung von Sparen und Investieren gegenüber dem Verbrauch;
- eine Reform der gesetzlichen **Schadensersatzregelung** einschließlich **class action suits**;
- eine Reform der **Einwanderungspolitik**;
- die Neuregelung der gesetzlichen Grundlagen für die **Energiepolitik**.

Von einer Reform von *Social Security* ist heute kaum noch die Rede. Alle bisherigen Reformvorschläge, soweit sie mit einer Teilprivatisierung verbunden waren, sind schon im Ansatz stecken geblieben und würden nicht zuletzt aufgrund des massiven Widerstandes der Demokraten im Kongress, der amerikanischen Gewerkschaften sowie der **AARP** (*American Association of Retired People*) keine Mehrheit im Kongress finden. Auch die Republikanische Mehrheit fürchtet, dass der Gedanke der Teilprivatisierung sozialen Sprengstoff enthält und sich negativ auf die Wahlaussichten der im Herbst 2006 neu zu wählenden Abgeordneten und Senatoren auswirken könnte.

Tatsache ist aber, dass der finanzielle Druck auf die amerikanische Altersversorgung dramatisch zunimmt. Mit dem Eintritt der so genannten *baby boom*-Generation ins Rentenalter wird das jetzige System der gesetzlichen Rentenversicherung bald mehr Ausgaben als Einnahmen zu verzeichnen haben. Bisher erzielt *Social Security* noch Überschüsse und auf dem Papier würden die jetzigen Überschüsse ausreichen, um bis 2042 zahlungsfähig zu bleiben. Tatsache ist aber, dass in der Vergangenheit Überschüsse von *Social Security* zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten herangezogen worden sind. Die amerikanische Regierung wird deshalb schon bald vor der Entscheidung stehen, entweder

- Ausgaben zu kürzen,
- Steuern zu erhöhen oder
- zusätzlich Schulden zur Defizitfinanzierung aufzunehmen.

Wenn man den Plänen der **Bush-Administration** folgen würde und einen Teil der Beiträge zur Rentenversicherung zur privaten Anlage in Aktien oder Wertpapieren heranziehen würde, muss je nach der Höhe des Privatisierungsanteils mit Übergangskosten gerechnet werden. Sie werden nach den bisher bekannten Plänen der **Bush-Administration** auf ein bis zwei Billionen Dollar innerhalb der nächsten zehn Jahre geschätzt.

Bei einer öffentlichen Gesamtverschuldung von 8,2 Billionen Dollar, einem Budgetdefizit von zurzeit 330 Mrd. Dollar und einer zu erwartenden Kostenlawine im Bereich von *Medicare* und *Medicaid*, ist der Handlungsspielraum der **Bush-Administration** jedoch sehr gering. Mit einer Teilprivatisierung alleine lassen sich die zukünftigen Finanzierungsprobleme von *Social Security* nicht lösen. Es kommen nur drei Möglichkeiten der Reform in Betracht, die die Finanzierbarkeit von *Social Security* sicherstellen könnten:

- Kürzung der Bezüge der Rentenempfänger;
- Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung für die jetzt Beschäftigten oder
- Anhebung des Rentenalters.

Letzteres wäre angesichts einer sehr viel höheren Lebenserwartung im Vergleich zu der Zeit als *Social Security* in den 30er Jahren eingeführt wurde durchaus vertretbar. Denkbar wäre auch eine Kombination der drei Konzepte.

Im Kongress wurde der *Social Security* Vorstoß der **Bush-Administration** immer mit größter Zurückhaltung aufgenommen und zwar sowohl bei den Demokraten als auch bei den Republikanern. Für viele Mitglieder des Repräsentantenhauses, aber auch für zahlreiche Senatoren könnte eine Reform nach den Vorstellungen der **Bush-Administration** durchaus wahlentscheidende Konsequenzen haben. Bei denjenigen, die für ihre Alterssicherung primär auf *Social Security* angewiesen sind, ist der Privatisierungsgedanke, auch wenn es sich nur um eine Teilprivatisierung handelt, immer auf Misstrauen gestoßen. Es gibt auch wenig überzeugende Gründe dafür, das System von *Social Security* anzugreifen und mit der Privatisierung den Systemwandel einzuleiten. Eine Reform auf der Grundlage des bestehenden Systems ist durchaus denkbar, z.B. dergestalt, dass zusätzlich zu den öffentlichen Versorgungsansprüchen ergänzend mehr Spielraum für eine private Altersversicherung geschaffen wird. Am dringendsten brauchen in Amerika diejenigen Hilfe, die keine oder nur unzureichend Pensionsansprüche haben. Es ist nicht damit zu rechnen, dass in naher Zukunft eine Reformmehrheit im Kongress zustande kommt. Die Positionen

der **Bush-Administration** einerseits und der Republikanischen Mehrheit sowie der Demokratischen Minderheit andererseits liegen zu weit auseinander. Republikaner im Kongress wie zum Beispiel Senator **Robert Bennett** (R – Utah) zielen mit ihren Reformvorschlägen vor allem auf eine Kürzung der Leistungen ab. Demokraten wie der Abgeordnete **Robert Wexler** (D – Florida) wollen im Kern eine Steuererhöhung zur Finanzierung der Reform. Leistungskürzungen würden vor allem Wählergruppen der Demokraten belasten. Steuererhöhungen laufen der Grundphilosophie der Republikaner zuwider.

Noch schwieriger als die Reform von *Social Security* könnte sich die Reform von *Medicare* und *Medicaid* erweisen. Die **Bush-Administration** hat die Kosten für die Einführung einer medikamentösen Versorgung von *Medicare*-Patienten gewaltig unterschätzt und sogar dafür gesorgt, dass die realistischen Zahlen – und sie waren der **Bush-Administration** durchaus bekannt – nicht vor den Wahlen im November 2004 veröffentlicht wurden. Der Anteil der über 65-Jährigen in der amerikanischen Gesellschaft (ca. 36,3 Mio. - Stand 07/2004) nimmt dank höherer Lebenserwartung ständig zu. Damit steigen auch automatisch die Ausgaben für die Versorgung der Älteren. Heute werden für *Medicare* einschließlich der medikamentösen Versorgung von *Medicare*-Patienten etwa 600 Mrd. Dollar aufgewendet. Mit dem Eintritt der *baby boom*-Generation in den Ruhestand werden die Aufwendungen für *Medicare* drastisch in die Höhe gehen, da jeder über 65-jährige Amerikaner automatisch Anspruch auf Leistungen für die medizinische Versorgung im Alter hat.

Ebenso besteht für diejenigen, die ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle erzielen, im Rahmen von *Medicaid* ein automatischer Anspruch auf medizinische Versorgung. Auch die Zahl derjenigen, die *Medicaid*-berechtigt sind, nimmt seit Amtsübernahme der **Bush-Administration** kontinuierlich zu. Im Jahre 2000 betrug die Armutsrate noch 11,3% und betraf 31,6 Mio. Amerikaner. Im Jahre 2004 lag sie bei 12,7% und betrifft nun 37 Mio. Amerikaner.

Zum Teil überschneiden sich die Versorgungsansprüche von *Medicare* und *Medicaid*. Viele ältere Menschen sind auch arm und haben deshalb Anspruch auf *Medicaid*-Leistungen, wo die Leistungen zum Teil umfangreicher sind als bei *Medicare*, insbesondere bei der Arzneimittelversorgung. *Medicaid* wird zum Teil auch durch die Einzelstaaten finanziert und diese fürchten, dass auf sie eine Kostenlawine zukommt. *Medicare* wird im Haushaltsjahr 2005/2006 345 Mrd. Dollar kosten, ein Wachstum von 15%, zum Teil bedingt durch höhere Leistungen für die Arzneimittelversorgung. Für *Medicaid* mussten Bund und Länder zusammen 276 Mrd. Dollar aufbringen. 54 Mio. Amerikaner erhielten Leistungen. Der Bund war mit 57% der Ausgaben beteiligt. Der Rest wurde von den Einzelstaaten aufgebracht.

Trotz *Medicare* und *Medicaid* sind 45,5 Mio. Amerikaner ohne Krankenversicherung und dies obwohl der amerikanische Kongress in erheblichem Maße zur Finanzierung von Krankenversicherung beiträgt. Im nächsten Haushaltsjahr werden etwa 130 Mrd. Dollar zur Finanzierung von Krankenversicherung aufgebracht werden müssen. Diese Summe ergibt sich aus der Möglichkeit der steuerlichen Abschreibung für Firmen, die ihren Mitarbeitern Unterstützung für den Abschluss einer Krankenversicherung zahlen. Diese Ausgaben tragen dazu bei, dass immerhin 64% der Amerikaner durch eine Krankenversicherung abgedeckt sind. Die steuerliche Absetzbarkeit trägt jedoch nicht dazu bei, den Zugang zur Krankenversicherung für alle zu öffnen, d.h. *universal health care* sicher zu stellen. Wo die Krankenversicherung am dringendsten fehlt, helfen steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten wenig. Am meisten profitieren mittlere und höhere Einkommensgruppen von dieser

Möglichkeit. Würde man über die jetzt 130 Mrd. betragende steuerliche Absetzbarkeit frei verfügen können, könnte man damit möglicherweise den universellen Zugang zum Krankenversicherungsschutz finanzieren.

Das würde aber der Philosophie der Eigentümergesellschaft zuwider laufen, die der Sozialpolitik der **Bush-Administration** zugrunde liegt. Mit der Privatisierung der Arzneimittelversorgung im Rahmen von *Medicare* wurde ein Anfang gemacht. Mit der Teilprivatisierung von *Social Security* sollte ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Eigentümergesellschaft getan werden. Dazu ist es bisher nicht gekommen. Die **Bush-Administration** bleibt aber bei diesem Ziel, aufbauend auf der Tatsache, dass heute zwei Drittel der Amerikaner mit Haus- und Grundeigentum versorgt sind und mehr als die Hälfte der Amerikaner Aktienbesitzer sind. Diese breite Streuung von Eigentum lässt aber nicht automatisch auf eine Vermögensverteilung schließen, die Ungleichheit ausschließt. Im Gegenteil, im Jahre 1998 besaß das obere 1% auf der Einkommensskala 38,1% des gesamten Privatvermögens. Die obersten 10% der Einkommensskala verfügen über 70,9% des Privatvermögens und die unteren 40% der Einkommensskala verfügen über nur 0,2% des Privatvermögens in Amerika. Die Philosophie der Eigentümergesellschaft hat an diesen Grunddaten der amerikanischen Gesellschaft wenig geändert.

Vorschläge zur Reform der Einwanderungspolitik hat die **Bush-Administration** inzwischen vorgelegt. Sie laufen darauf hinaus, die Grenzsicherheit zu erhöhen und im Übrigen eine Art Gastarbeiterstatus für die auf 8-10 Mio. geschätzten illegalen Einwanderer zu schaffen. Die Vorschläge des Weißen Hauses liegen nun im Kongress und die Frage ist, ob von dort noch vor den Zwischenwahlen vom Herbst 2006 mit handfesten Ergebnissen zu rechnen ist.

Eine Neuregelung des Schadensrechts lässt noch immer auf sich warten. Ob sie noch in der jetzt laufenden Legislaturperiode verabschiedet werden kann, ist eine offene Frage. Die amerikanische Wirtschaft hat sich nach dem Schock des 11. September relativ gut erholt. Trotz *Katrina*, *Rita* und zeitweise dramatisch ansteigenden Energiepreisen ist die US Volkswirtschaft im dritten Quartal des Jahres 2005 durchschnittlich um 4,3% gewachsen. Die Zahlen für das dritte Quartal waren zunächst mit 3,8% angegeben worden, wurden aber nach oben korrigiert. Das ist ein solides Wachstum; unter den großen Industrienationen noch immer das höchste Wirtschaftswachstum. Durchschnittlich wurden im Jahre 2005 rund 195.000 neue Arbeitsplätze pro Monat geschaffen. Im Oktober sackte die Neuschaffung von Arbeitsplätzen aufgrund einer Kombination verschiedener Faktoren, insbesondere durch gestiegene Ölpreise in Verbindung mit *Katrina* und *Rita*, stark ab. Im November 2005 kamen jedoch 21.500 neue Arbeitsplätze hinzu.

Die Produktivität der Arbeit ist in Amerika erfreulich hoch. Sie wuchs 2005 um durchschnittlich 4,7%. Die Lohnentwicklung blieb jedoch weit hinter dem Produktivitätswachstum zurück. Löhne und Gehälter sind 2005 real um 2,3% gesunken, die größte Einbuße von Löhnen und Gehältern seit 1981. Auch für diese Entwicklung ist in erster Linie der dramatische Anstieg der Ölpreise verantwortlich. Schuld daran, dass auch im Jahre 2005 der gesetzliche Mindestlohn noch bei 5,15 Dollar pro Stunde liegt, hat die Republikanische Mehrheit im Kongress, z.T. aber auch das Weiße Haus. Der Mindestlohn ist nun schon seit acht Jahren unverändert. Die Kaufkraft des Mindestlohns ist in den letzten acht Jahren um 17% gesunken.

Die Wirbelstürme *Katrina* und *Rita* haben Schwächen der amerikanischen Energieinfrastruktur deutlich zutage treten lassen. Zum einen hat sich die starke

Konzentration der Ölraffinerien an der Golfküste als Achillesferse erwiesen. Zum anderen ist aber auch die Stromversorgung durch Überlandleitungen leicht verwundbar. In New Orleans hat die Tatsache, dass mit der Überschwemmung auch die Stromversorgung der Stadt lahm gelegt wurde, entscheidend zum Ausmaß der Katastrophe beigetragen und vor allem die Rettungsmaßnahmen und die Zufuhr von Hilfsgütern erschwert. Durch die beiden kurz aufeinander folgenden Wirbelstürme und die mögliche Gefährdung der gesamten amerikanischen Energie-Infrastruktur ist jedoch der Kongress endlich zum Handeln auf dem Gebiet der Energiepolitik gezwungen worden. Das Ergebnis, der *Energy Policy Act of 2005*, der am 29. Juli 2005 verabschiedet wurde, ist jedoch unter mehreren Gesichtspunkten enttäuschend. Angelegt als langfristiges energiepolitisches Konzept ist das Gesetz kaum mehr als eine breite Subventionsgrundlage mit geringer Auswirkung auf die Nachhaltigkeit. An der Struktur der gegenwärtigen Energieversorgung wird sich auf der Grundlage dieses Gesetzes wenig ändern. Im Kern sind alle vorhandenen Energieversorgungsunternehmen mit Subventionen versorgt worden, einschließlich der Ölkonzerne, die sie am wenigsten benötigen. Bedacht wurden aber die Nuklearindustrie und zu einem geringen Anteil auch die erneuerbaren Energien sowie die Konservierung.

Schon im Jahre 2003 hatte die **Bush-Administration** einen Versuch unternommen, die Energiepolitik neu zu strukturieren. Auch damals blieb der Hauptakzent auf der Erschließung neuer fossiler Energiequellen. Senator **John McCain** (R-AZ) bezeichnete die damalige Gesetzesvorlage als „*No Lobbyist Left Behind Act*“. Unter umweltpolitischen Gesichtspunkten ist auch heute wenig in der neuen Gesetzgebung enthalten, was auf einen neuen *Energy-Mix* hinauslaufen könnte. Im Kern ist der *Status Quo* besiegelt worden. Insgesamt fallen im Rahmen des Gesetzes im neuen Haushaltsjahr 1,6 Mrd. Dollar Subventionen an und zwischen 2005 und 2015 werden sich auf der Grundlage der neuen Energiegesetzgebung die Steuereinnahmen um 12,3 Mrd. Dollar verringern. Eine Strategie, die Energiekosten in der Zukunft abzusenken, ist in der neuen Energiegesetzgebung nicht zu erkennen. Die Ölpreise sind zwar inzwischen von ihrem Höhepunkt unmittelbar nach dem Wirbelsturm *Katrina* zurückgegangen, werden aber auf einem relativ hohen Niveau bleiben und damit im Transportwesen, bei Flug-, Bus- und Bahnreisen zu erhöhten Preisen führen. Gescheitert ist der Versuch von Senator **Ted Stevens** (R-Alaska), neue Ölbohrungen in Alaska zuzulassen. **Stevens** hängt einen entsprechenden Gesetzesvorstoß an das neue *Pentagon*-Budget an und glaubte sicher zu sein, dass es auf diese Weise durchkommt. **Stevens** unterlag mit seinem Vorstoß.

Erheblich sind in diesem Jahr die Rückwirkungen auf die privaten Haushalte durch ansteigende Heizkosten. Seit dem Winter 2002/03 bis Ende 2005 sind die Preise für Öl um 50% und für Gas um 100% angestiegen. Nicht nur für die unteren Einkommensschichten, auch für die Mittelschicht sind die Auswirkungen dieser Preisentwicklung auf dem Energiemarkt mit Härten verbunden. Immer mehr Familien werden gezwungen, Beihilfe für Heizkosten zu beantragen. Vor allem der Staat New York hatte eine hohe Zahl von Neuanträgen auf Heizkostenbeihilfe zu verzeichnen, darunter auch Familien mit einem Einkommen weit über der Armutsgrenze.

Das *Center for American Progress* hat ermittelt, dass seit Amtsübernahme der *Bush-Administration* nicht nur ein Reallohnrückgang eingetreten ist. Steigende Ausgaben für Miete, Krankenversicherung, Bildung und Transport haben dazu geführt, dass die amerikanische Mittelklasse heute schlechter dasteht als vor 25 Jahren. Die Verschuldung der

privaten Haushalte steigt weiter an und liegt jetzt auf der Rekordhöhe von 116% (Stand März 2005) des verfügbaren Einkommens.

Viele Hausbesitzer haben aufgrund stark ansteigender Preise auf dem Immobilienmarkt Darlehen auf den neuen Marktwert ihrer Immobilien aufgenommen und damit zu einem beträchtlichen Anstieg der Neuverschuldung beigetragen. Zum ersten Mal seit Aufzeichnung der vierteljährlichen Daten ergab sich im dritten Quartal 2005 eine negative Sparrate von minus 1,1%. Dieses Verhalten hat zwar zu einem bisher nicht gekannten Konsumwachstum beigetragen – der Konsum macht inzwischen 76% des BIP aus, ein Höchststand –, ist aber nicht unproblematisch. Ziehen die Zinsen weiter an und fallen die Immobilienpreise, könnten sich für zahlreiche Haushalte dramatische Konsequenzen ergeben.

Die geplante Steuerreform der **Bush-Administration** ist seit Beginn der zweiten Amtszeit nicht wesentlich vorangekommen. Von einer Steuervereinfachung wie sie ursprünglich angedacht war, ist nicht viel übrig geblieben. Zwar hat Präsident **Bush** im Januar 2005 eine Beratungskommission zur Steuerreform ins Leben gerufen, aber ihre Ergebnisse sind eher mager und haben geringe Aussichten, in Gesetzesform gegossen zu werden. Die Kommission legte im Oktober 2005 zwei verschiedene Modelle zur Steuerreform vor: ein vereinfachtes Einkommenssteuerkonzept (*Simplified Income Tax Plan*) und ein Investitions- und Wachstums-Steuerkonzept (*Growth and Investment Tax Plan*).

Für eine progressive Verbrauchssteuer, wie sie ursprünglich als mögliches Steuerkonzept geplant war, gab es in der Kommission keine Übereinstimmung. Ebenso konnte sich die Kommission nicht auf die Einführung einer Mehrwertsteuer oder auf eine einheitliche nationale Verbrauchssteuer einigen. Was bleibt, sind marginale Veränderungen am bestehenden System.

Trotz der angespannten Finanzlage hat die Republikanische Mehrheit im Kongress aber erneut relativ umfangreiche Steuererleichterungen durchgesetzt, sich aber nur auf geringfügige Einsparungen einigen können. Für den Zeitraum 2006-2010 sind Einsparungen in einer Gesamthöhe von 40 Mrd. US-Dollar geplant, wovon etwa 17 Mrd. US-Dollar auf das Haushaltsjahr 2006 entfallen. Demgegenüber sollen für den gleichen Zeitraum Steuerkürzungen von 70 Mrd. US-Dollar vorgenommen werden. In den kommenden 10 Jahren würden sich die Steuererleichterungen nach jetzigem Stand auf insgesamt 1.3 Billionen US-Dollar belaufen. Die Heritage Foundation befürchtet, dass sich die hohen Ausgaben für *Medicare*, *Medicaid* und *Social Security* in Verbindung mit zusätzlichen Ausgaben für den Krieg gegen den Terrorismus, Irak und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Wirbelsturm *Katrina* auf der gegenwärtigen Gesetzeslage bis 2015 zu einem 4 Billionen Dollar Haushalt kumulieren. Das Defizit würde in diesem Szenario auf 873 Mrd. US-Dollar anwachsen. Die Heritage Foundation will damit vor allem Druck auf eine Reform von *Social Security*, *Medicare* und *Medicaid* ausüben, mit dem Ziel, die Leistungen dieses Programms im Namen der Haushaltsdisziplin zu kürzen.

Vor gewaltigen Problemen steht schon seit geraumer Zeit die amerikanische Automobilindustrie. Inzwischen hat **Toyota** als größter Automobilhersteller die amerikanische Traditionsfirma **GM** vom Platz eins der Weltliste verdrängt. Die amerikanische Automobilindustrie wird in der Zukunft Mühe haben, mit der ausländischen Konkurrenz mitzuhalten. **GM**, **Ford** und **Chrysler** mussten aufgrund schwieriger Marktbedingungen Entlassungen vornehmen. Ob sich insbesondere **GM** in Zukunft auf dem

härter gewordenen Automobilmarkt durchsetzen kann, ist eine offene Frage. Schlechte Modell-Politik und zunehmende ausländische Konkurrenz, darunter aus **China** und **Indien**, machen der amerikanischen Automobilindustrie in Zukunft das Leben schwer. In **China** konnte **GM** zwar große Erfolge erzielen und **VW** vom Platz eins der Automobilhersteller in **China** verdrängen, aber dies konnte den negativen Trend für **GM** in Amerika und überall sonst auf der Welt nicht kompensieren. Hinzu kommt, dass die Soziallasten bei **GM** durch Tarifverträge inzwischen so hoch sind, dass jedes von **GM** erzeugte Automobil mit etwa 1500 Dollar belastet ist, bevor es überhaupt auf den Markt kommt. **GM** und **UAW** (*United Automobile, Aerospace, and Agricultural Implement Workers of America*) versuchen nun, diese Kosten auf dem Verhandlungswege einzuschränken. Die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft wird dabei einen schweren Stand haben. Sie steht nach außen unter dem Druck der Globalisierung und ist nach innen mit zunehmender Härte und Verhandlungsmacht der Unternehmerseite konfrontiert. Große Errungenschaften der Gewerkschaften in der Automobilbranche stehen nun auf dem Spiel, neben der Alterssicherung auch großzügige Krankenversicherungsvereinbarungen. Wie das Beispiel der Luftfahrtindustrie zeigt, sind Vereinbarungen zur Alterssicherung keineswegs vor Eingriffen geschützt. Die staatliche Ausfallgarantie bietet in solchen Fällen nur einen unzureichenden Schutz. Wäre Gewerkschaftsmacht heute in Amerika nicht so geschwächt wie es zur Zeit durch Spaltung in den eigenen Reihen und mangelnde Durchsetzungskraft in der amerikanischen Innenpolitik der Fall ist, könnte die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft zumindest vom Gewerkschaftsdachverband **AFL-CIO** Flankenschutz in den bevorstehenden Verhandlungen mit der Automobilindustrie erwarten. Der amerikanische Gewerkschaftsdachverband ist aber selber erheblich geschwächt. Vier Einzelgewerkschaften sind im Sommer diesen Jahres aus dem **AFL-CIO** ausgetreten: die **Teamsters**, **Unite-Here**, die **United Food and Commercial Workers** und die **Service Employees International Union**. Sie haben nun einen neuen Zusammenschluss, die „**Change to Win Federation**“ gegründet. Die „**Change to Win Federation**“ repräsentiert 5,8 Mio. Gewerkschaftsmitglieder, der Dachverband **AFL-CIO** nur noch 9 Mio. Mitglieder. Der **AFL-CIO** verliert dadurch Mitgliedsbeiträge in Höhe von 25 Mio. US-Dollar und dies in einer Situation, wo schwere Kongresswahlgänge und andere lokale und nationale Wahlen bevorstehen. Langfristig hat die „**Change to Win Federation**“ jedoch die Hoffnung, nach der Trennung bessere Ausgangsbedingungen für einen Mitgliederzuwachs in der Zukunft zu haben. Anzeichen für einen Zuwachs von Mitgliedern in den von der „**Change to Win Federation**“ vertretenen Industriebereichen gibt es. In den klassischen Industriebereichen mit hoher Gewerkschaftsorganisation sinken jedoch mit dem schrumpfenden Anteil der amerikanischen Stahl- und Automobilindustrie am Bruttosozialprodukt auch die Mitgliederzahlen. Die Krise der amerikanischen Automobilindustrie könnte auch für Europa Arbeitsplatzverluste mit sich bringen.

4. Außenpolitische Entwicklungen

Großmächte sind in der Regel Status-quo-Mächte. Sie bewahren und verteidigen die internationale Ordnung, die ihren Status ermöglicht hat. Amerika unter der Führung von **George W. Bush** ist eine Ausnahme von dieser machtpolitischen Regel. Die **Bush-Administration** hat mit einem nahezu revolutionären Anspruch nach dem 11. September 2001 eine tiefgehende Transformation der amerikanischen Außenpolitik eingeleitet, die im Kern auf eine Umwälzung der Staatenordnung hinausläuft, die aus dem Westfälischen Frieden hervorgegangen ist und auch noch heute das internationale Recht prägt. Von einem „*Empire by Integration*“ (**Geir Lundestad**), das für Amerika in der gesamten Nachkriegsepoche und solange der Ost-West-Konflikt andauerte, kennzeichnend war, ist nicht mehr die Rede.

Sicherlich gab es schon vorher Anzeichen für eine Aufweichung der Souveränitätsdoktrin, so wie sie aus der westfälischen Ordnung hervorgegangen ist. Der Kosovo-Krieg ist in diesem Zusammenhang wohl das deutlichste Beispiel für einen veränderten Souveränitätsbegriff. Humanitäre Interventionen schon vor dem Kosovo-Krieg in Somalia und Bosnien ließen bereits eine neue Richtung internationalen Rechtsdenkens erkennen.

George W. Bush hat zwar sein Amt noch mit dem Vorsatz angetreten, sich Zurückhaltung aufzuerlegen und Amerika als bescheidene Nation (*a humble nation*) vorgestellt, aber vor allem nach dem 11. September 2001 war die erste Amtszeit vor allem durch einen ausgeprägten **Unilateralismus** und eine Abkehr von internationalen Normen und Institutionen gekennzeichnet, wie z.B. die Ablehnung des *Kyoto-Abkommens*, die Rücknahme der Unterzeichnung des *Abkommens zur Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofs (ICC)* und die Kündigung des *ABM-Vertrags* sowie anderer internationaler Rüstungskontrollvereinbarungen.

Unter den Zwängen und Erfordernissen der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus sowie aufgrund der bitteren Erfahrung mit dem **Irak-Krieg**, scheint die zweite Amtszeit jedoch wieder in eine Phase des **Multilateralismus** einzumünden.

Viermal nach Beginn seiner zweiten Amtszeit besuchte Präsident **Bush** Europa und die Botschaft war stets das Erfordernis der Zusammenarbeit angesichts gewaltiger globaler Probleme und Herausforderungen wie zum Beispiel Armut, Hunger, epidemische Krankheiten (HIV/AIDS) oder globale Katastrophen.

Anders als im Falle des Irak, wo die **Bush-Administration** unter Rückgriff auf die Doktrin der *Präemption*, so wie sie in der neuen amerikanischen Sicherheitsstrategie nach den Terroranschlägen vom 11. September niedergelegt worden war, ohne völkerrechtliches Mandat und nur gestützt auf eine eher fragwürdige *Koalition der Willigen* einen präventiven Krieg führte, wurde die tatsächliche und nicht nur putative Bedrohung durch die nuklearen Entwicklungsprogramme **Nordkoreas** und des **Iran** – im Falle **Nordkoreas** einschließlich der Entwicklung von Nuklearwaffen – nicht mit militärischen Mitteln einzudämmen versucht, sondern auf diplomatischem Wege. So gesehen, lässt sich durchaus von einer Phase der Ernüchterung in der zweiten Amtszeit sprechen, verglichen mit dem geradezu provokativen „*Bring them on*“ – und „*Can Do-Spirit*“ der Zeit nach dem 11. September während der ersten Amtsperiode.

Eine Rückkehr zum alten Völkerrecht vor dem 11. September ist jedoch unwahrscheinlich. Ernst zu nehmende Autoren wie **Thomas M. Nichols**, Professor für Strategie und Politik am *US Naval War College*, sehen ein neues Zeitalter der Prävention voraus, hervorgerufen durch

einen massenhaften Selbstmord-Terrorismus, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und die Freisetzung von Schurkenstaaten als Resultat der Auflösung der Zwänge, die sich aus dem Kalten Krieg ergaben. Das alles wird nicht nur Amerika, sondern auch andere Groß- und Mittelmächte dazu bringen, den präventiven Einsatz von militärischer Gewalt zu akzeptieren. **Nichols** schließt daraus, dass das traditionelle Denken in den Kategorien der Abschreckung zu Ende geht. Nicht nur die Vereinigten Staaten verfahren heute nach der neuen Logik der „Präemption“. **Tony Blair** war schon vor dem 11. September 2001 zu der Schlussfolgerung gelangt, dass Terroristen sich nicht abschrecken lassen und dass Staaten, die sich illegal Massenvernichtungswaffen zulegen, dies genau deshalb tun, um der Eindämmung zu entgehen. Auch das französische Weißbuch vom 11. September 2002 kommt zu dem Schluss, dass im Falle einer asymmetrischen Bedrohung ein präemptives Vorgehen nicht ausgeschlossen werden kann.

Mit Blick auf die Kosovo-Krise hatte UN-Generalsekretär **Kofi Annan** bereits 1999 darauf hingewiesen, dass Staaten, die kriminelle Handlungen vornehmen, wissen müssen, dass Grenzen keinen absoluten Schutz vor Strafe bieten, sondern den Sicherheitsrat zum Handeln zwingen.

Das, was sich jetzt am außenpolitischen Verhalten der zweiten **Bush-Administration** beobachten lässt, nämlich die allmähliche Rückkehr zur Großmachtkooperation, hat aber auch sehr reale Ursachen. In mancher Hinsicht handelt es sich auch um das Ende des unipolaren Augenblicks in der bisherigen amerikanischen Geschichte, von dem neokonservative Intellektuelle – an der Spitze **Charles Krauthammer** – so eloquent gesprochen und geschrieben haben. In die Zukunft projiziert sieht der **Irak-Krieg** heute eher als der letzte Ausläufer des *unipolaren Augenblicks* aus. Zwischen dem Zeitpunkt des Zerfalls des sowjetischen Imperiums am Weihnachtstag 1991 und der Entscheidung, **Saddam Hussein** ohne ein legitimes völkerrechtliches Mandat am 18. März 2003 den Krieg zu erklären, lag in der Tat ein gutes Jahrzehnt kaum eingeschränkter amerikanischer Macht. Amerika war strukturell zur Vorherrschaft durchgestoßen, gestützt auf eine überlegene Militärmacht, eine dynamische Volkswirtschaft und eine ungebrochene kulturelle Anziehungskraft. Kein anderes Imperium in der Geschichte hat je eine so umfassende Reichweite erzielt wie Amerika am Ende des 20. Jahrhunderts und zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Der **Irak-Krieg** erweist sich nun in mehrfacher Hinsicht als Wendepunkt. Erstens bricht die innenpolitische Unterstützung für die Außenpolitik der **Bush-Administration** weg. Die Umfragedaten sprechen hier eine deutliche Sprache. Bei seiner ersten Wahl im Jahre 2000 hatte Präsident **Bush** für seine Amtsführung noch eine Unterstützung von 57% der Amerikaner. Zur Zeit der Terrorangriffe am 11. September 2001 schnellte die Zustimmung zur Amtsführung, insbesondere im Hinblick auf Sicherheitspolitik und die Fähigkeit zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, auf 90% hoch. Das militärische Vorgehen gegen das **Taliban-Regime** in Afghanistan wurde von einer breiten Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung getragen. Über 70% stimmten einem militärischen Einsatz zu und selbst zu Beginn des **Irak-Kriegs** gab es solide Mehrheiten für den Krieg, obwohl davon auszugehen ist, dass in der Regel mindestens ein Fünftel der Amerikaner gegenüber jeder Art von Militäreinsatz kritisch eingestellt ist.

Heute sind die Gegner der **Irak-Politik** von **Präsident Bush** deutlich in der Mehrheit. Nur eine Minderheit von 40% unterstützt den Krieg. Auch innerhalb der Republikanischen Partei

ist die Unterstützung für den Krieg stark umstritten. Die realistische Schule der Außenpolitik innerhalb der Republikanischen Partei hat schon immer Bedenken gegen ein militärisches Vorgehen gegen den Irak gehabt. Einer der führenden Köpfe ist **Brent Scowcroft**, der ehemalige Sicherheitsberater von **George Bush**. **Scowcroft** scheut heute auch nicht mehr davor zurück, Vizepräsident **Cheney** und Verteidigungsminister **Rumsfeld** direkt anzugreifen.

Zweitens verlieren die Vereinigten Staaten dramatisch an normativer Kraft und verbunden mit dem *soft power*-Verlust auch an der Fähigkeit zur Allianzbildung. Der Rückgriff auf eine – außer im Falle Großbritanniens – eher schwache Koalition der Willigen während des Irak-Kriegs demonstriert die Kosten des Unilateralismus. Es wird für Amerika, anders als während des Ost-West-Konflikts, schwerer, sich auf Verbündete abzustützen. Unter dem Druck der Kosten des Kriegs an Menschenleben und Ressourcen schwindet das Durchhaltevermögen der Koalition der Willigen. Spanien vollzog bereits seinen Abzug aus dem Irak und in Italien, Polen und Japan wird es innenpolitisch schwieriger, ein wenn auch geringes militärisches Engagement gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten. Der Ansehensverlust Amerikas nach außen ist gewaltig, auch in Europa. 72% der Europäer sind nicht mit der Außenpolitik der **Bush-Administration** einverstanden. 59% halten eine amerikanische Führungsrolle nicht für wünschenswert. In Deutschland sind die vom *German Marshall Fund of the United States* ermittelten Daten besonders negativ: 83% der Deutschen lehnen die Außenpolitik der **Bush-Administration** ab und 60% halten eine amerikanische Führungsrolle nicht für wünschenswert.

Noch dramatischer ist der Verlust an Prestige in der islamischen Welt und im Nahen Osten. Große Mehrheiten in überwiegend moslemischen Ländern (Indonesien, Pakistan, Türkei, Jordanien, Libanon) sehen die Vereinigten Staaten und Israel als die größere Gefahr gegenüber allen anderen Bedrohungen an. 80% der Bevölkerung in Indonesien glaubt, dass die USA eine militärische Bedrohung für das eigene Land sein können und in anderen Ländern sehen die Zahlen ähnlich aus: Pakistan: 71%; Türkei: 65%; Jordanien: 67% und Libanon: 59%.

Drittens ist die wirtschaftspolitische Dominanz Amerikas gefährdet. Die Gründe dafür sind nicht nur in einer negativen Zahlungsbilanz, einem ständig wachsenden Handelsbilanzdefizit, einem ansteigenden Haushaltsdefizit und zunehmender öffentlicher Gesamtverschuldung zu suchen. Langfristig dramatischer sind die besseren wirtschaftlichen Wachstumsaussichten in der Zukunft in Ländern wie **China**, **Indien**, **Brasilien** und **Vietnam**. Indien wird möglicherweise schon bald China in der Bevölkerungszahl überholen. Chinas Bevölkerung von jetzt 1,3 Mrd. Menschen stagniert, während Indien die Milliardengrenze überschreitet und weiter dynamisch wächst. Das Bevölkerungswachstum in Ländern wie Pakistan wird bald die 350 Millionen Grenze erreichen. Indonesien, Bangladesch, Brasilien und Nigeria werden auf über 300 Millionen Menschen anwachsen und Mexiko, Vietnam und die Philippinen werden bald 100 Millionen Menschen zählen. Wichtiger als diese Zahlen ist jedoch die Tatsache, dass der Anteil der 16- bis 30-Jährigen in diesen Ländern zunimmt, während im Westen, in den USA, Europa, Japan und Russland die Bevölkerung älter wird und der Anteil der 80- bis 90-jährigen ansteigt. Die wirtschaftspolitischen Folgen sind eindeutig: Junge Gesellschaften sind dynamischer als alte. Hinzu kommt, dass der Anteil der

Jüngeren vor allem in islamischen Gesellschaften wächst und bald über 2 Milliarden jüngere Menschen Muslime sein werden.

Die Rückwirkungen dieser Entwicklung auf das transatlantische Verhältnis sprechen gegen eine Rückkehr zum klassischen *Atlantizismus*. Nicht Europa – wie **Walter Russell Mead** und andere betonen – wird die wichtigste Region der Zukunft sein, sondern Asien. Schon in der Studie des *National Intelligence Council* über die wichtigsten Trends bis 2020 war auf die zunehmende wirtschaftliche und politische Bedeutung Asiens hingewiesen worden. Europa und Amerika waren schon in der Vergangenheit nie Verbündete in Asien. Deshalb rechnet man auch in Zukunft damit, dass Europa sich zu einer strategischen Konkurrenz Amerikas in Asien entwickeln wird. Die Debatte über eine Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China war ein erstes Aufflammen von wirtschaftlicher und politischer Konkurrenz zwischen Amerika und Europa gegenüber China.

Die **Bush-Administration**, wie auch ihr nachfolgende Administrationen, werden in Zukunft auf ein enges Verhältnis mit Indien setzen. In Amerika sieht man Indien als den natürlichen Verbündeten Amerikas in Asien. Viele sehen in der strategischen Partnerschaft zwischen den USA und Indien, den beiden größten Demokratien der Welt, sogar einen Schlüssel für die Zukunft der amerikanischen Außenpolitik. Rückenwind erhielt dieses Konzept vor allem beim Besuch des indischen Premierministers **Manmohan Singh** in den USA am 18. Juli 2005 sowie durch eine bilaterale Vereinbarung zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit, der Energiepolitik und der Entwicklungspolitik. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit schließt auch die nukleare Zusammenarbeit ein, obwohl Indien nicht Mitglied des *NPT-Vertrags* ist. Viele sehen in der Vertiefung der amerikanisch-indischen Beziehungen den Versuch einer anti-chinesischen Allianzbildung durch die Vereinigten Staaten. Gestützt auf Amerikas relativ enge Beziehungen zu Japan, Südkorea, Taiwan, Indien, Pakistan und zum Teil auch mit Russland, könnte dies aus chinesischer Perspektive als ein Versuch der Einkreisung Chinas wahrgenommen werden. **Henry Kissinger** warnt jedoch vor einer amerikanischen Politik, die auf eine Eindämmung des Reichs der Mitte hinauslaufen würde. Schon heute verfügt China durch seine Wirtschaftsmacht über enge Beziehungen nicht nur in Asien und Europa, sondern auch in Lateinamerika. Mit der Wahl von linken, Amerika-kritischen Regierungen nicht nur in Venezuela und Brasilien, sondern auch in Bolivien und Chile, entsteht für Amerika durchaus eine strategische Konkurrenz, die sich für China als nützlich erweisen könnte.

Die Vereinigten Staaten müssen für die Zukunft mit einem langfristigen Engagement im Nahen Osten rechnen, obwohl Präsident **Bush** anfangs entschlossen schien, die amerikanische Rolle im israelisch-palästinensischen Konflikt eher zurückzuschrauben. Diese strategische Umkehr nahm ihren Ausgangspunkt nicht nur im 11. September. Sie entspricht der fundamentalen Einsicht, dass der *Status Quo* im Nahen Osten nicht nur gefährlich ist, sondern auch auf die Dauer nicht zu halten sein wird. Autoritäre Regime, ein tiefsitzender und populärer Anti-Semitismus, Anti-Amerikanismus und Anti-Kapitalismus – dies alles sind Strömungen, die amerikanischen und europäischen Interessen diametral zuwiderlaufen. Der neue iranische Präsident, **Mahmud Ahmadinedschad**, machte sich alle diese Strömungen zunutze, als er den Westen nicht nur mit einer harten und kompromisslosen Haltung in der Nuklearpolitik herausforderte, sondern darüber hinaus Israel mit der Drohung, es von der Landkarte zu streichen, den Kampf ansagte und Europa damit provozierte, Israel

doch am besten in der Mitte Europas aufzunehmen, weil es an den „Mythos des Holocaust“ glaube.

Ahmadinedschad erklärte außerdem im Hinblick auf die Demokratie-Initiative *BMENA* (*Broader Middle East and North Africa*), dass der Iran seine Revolution nicht begonnen habe, um die Demokratie einzuführen. Die Optionen des Westens gegenüber dem Iran unter der Führung von **Ahmadinedschad** sind nun äußerst begrenzt. In dem Maße, wie sich der Iran in seiner anti-westlichen Position verhärtet, schwinden auch die Chancen, mit dem Iran zu einer diplomatischen Lösung zu kommen. Die provokatorischen Äußerungen von **Ahmadinedschad** müssen unter anderem wohl auch als Signal dafür verstanden werden, das direkte Gespräch mit Amerika unmöglich zu machen. Irans jüngere Generation – und vom Bevölkerungsaufbau her ist das Land sehr jung – ist durchaus pro-amerikanisch eingestellt. Ein diplomatisches Engagement gegenüber den Vereinigten Staaten könnte also innenpolitisch durchaus riskant für das Regime der Mullahs sein.

Im Falle Nordkoreas haben die Vereinigten Staaten demonstriert, dass sie – anders als im Falle des Irak – diplomatischen Verhandlungen den Vorrang gegenüber Sanktionen und einer militärischen Option geben. Die Sechser-Gespräche (Nordkorea, Südkorea, USA, China, Russland, Japan) haben inzwischen zu ersten Lösungsansätzen geführt, sind aber noch weit von wirklichen Ergebnissen entfernt. Nordkorea machte sich offenbar auch eine Hinhaltenaktik zunutze, um in Zukunft mit einer besseren militärischen Ausgangslage auftreten zu können. Immerhin zeigt der Fall Nordkorea, dass die Vereinigten Staaten flexibel genug sind – was nicht immer der Fall war –, um im Rahmen der Sechser-Gespräche auch direkt mit Nordkorea zu verhandeln. Im Falle des Iran ist dies durch die Verhärtung nach den iranischen Präsidentschaftswahlen nun unwahrscheinlicher geworden, obwohl es neben der Nuklearfrage auch andere Themen für einen direkten Verkehr zwischen dem Iran und Amerika gibt. Die Stabilisierung des Irak nach den Dezemberwahlen 2005 wäre eine solche Frage. Sollte sich nach den Dezemberwahlen, wie zu erwarten ist, eine solide Mehrheit für die nicht-sekularen Schiiten ergeben, wird mit einer Zunahme des iranischen Einflusses gerechnet. Diese Entwicklung könnte sich in eine Richtung bewegen, die die Demokratisierung im Irak zurückwerfen könnte.

Für die Außenpolitik der **Bush-Administration** hat die Demokratie-Initiative auch jenseits des Irak eine zentrale Rolle. Sie soll in der Region zu einer neuen Ordnung beitragen, die nicht nur einen Bürgerkrieg, sondern auch das Zurückgleiten in autoritäre Strukturen verhindern und demokratische Stabilität auf Dauer erzeugen soll.

Präsident **Bush** hat unmittelbar nach seiner Wiederwahl die Förderung von Demokratie und Freiheit weltweit ins Zentrum der amerikanischen Außenpolitik gerückt und in seiner Inaugurationsansprache zu Beginn seiner zweiten Amtszeit erklärt, dass die Politik der Vereinigten Staaten darin besteht, die Ausweitung demokratischer Bewegungen und Initiativen in jeder Nation und Kultur zu betreiben und zu unterstützen, mit dem Ziel, die Tyrannei in unserer Welt zu beenden:

“It is the policy of the United States to seek and support the growth of democratic movements and initiatives in every nation and culture, with the ultimate goal of ending tyranny in our world.”

Eine so umfassende, nachdrückliche, uneingeschränkte und globale Befreiungsdoktrin ist bisher noch nie zur Leitlinie amerikanischer Außenpolitik erklärt worden. Gewiss, Freiheit und Demokratie als Anspruch und Mission durchziehen die amerikanische Außenpolitik seit

der Unabhängigkeit, aber niemals war damit eine so konkrete Handlungsanweisung für die amerikanische Außenpolitik verbunden wie jetzt bei **George W. Bush** bei seinem Antritt zur zweiten Amtszeit. Es wäre falsch, diese neue Variante der **Bush-Doktrin** als bloßen rhetorischen Rückgriff auf große historische Vorbilder zu sehen, wie **Abraham Lincoln**, **Woodrow Wilson**, **Franklin Delano Roosevelt** oder auch **Harry Truman**, **John F. Kennedy** oder **Ronald Reagan**.

Trotz der Fehler der Administration in Planung und Ausführung des Krieges:

- Missinterpretation von Geheimdienstdaten
- Schlechte diplomatische Vorbereitung des Krieges
- Versäumnisse in der Planung der Nachkriegspolitik
- Mangel an Koordination innerhalb der Regierung
- Fehler bei der Übernahme der Regierungsgewalt im Irak, wie z.B. die vollständige Auflösung der Armee
- Unterstützung der Opposition gegen die Besatzung
- Zu geringe Truppen für die Phase nach Beendigung der Kampfhandlungen

lässt sich langfristig ein Erfolg des **Irak-Kriegs** auch nicht ganz ausschließen.

Die **Bush-Administration** geht weiter als ihre historischen Vorbilder und schreckt auch nicht davor zurück, die amerikanische Nachkriegspolitik im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit dem neuen Freiheitsanspruch kritisch zu hinterfragen und der Revision zu unterziehen.

In seiner Rede aus Anlass des 60. Jahrestags der Beendigung des Zweiten Weltkriegs am 7. Mai 2005 in Riga, Lettland, bezeichnete Präsident **Bush** die Unfreiheit von Millionen von Menschen in Zentral- und Osteuropa als ein Beispiel des größten Unrechts in der Geschichte („*one of the greatest wrongs of history*“) und kritisierte damit auch die amerikanische Außenpolitik unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg.

An einem Rückschlag für die amerikanischen Demokratisierungsbemühungen im Mittleren Osten kann Europa nicht gelegen sein. Ein Misserfolg würde auch auf europäische Interessen negativ zurückschlagen.

Die Entwicklungspolitik hat im ersten Jahr der zweiten Amtszeit der **Bush-Administration** noch nicht die Priorität bekommen, die ihr als einer der zentralen Pfeiler einer zukünftigen amerikanischen Sicherheitsarchitektur gegeben werden sollte. Trotz einer Erhöhung der Entwicklungshilfeausgaben (*Official Development Assistance-ODA*) im letzten Jahr und des auf dem G8-Gipfel in Gleneagles vereinbarten Schuldenerlasses für die am höchsten verschuldeten Entwicklungsländer (*HIPC*) bleibt eine Diskrepanz zwischen international vereinbarten Zusagen und ihrer Umsetzung in die Wirklichkeit weiter bestehen.

Mitglieder der **Bush-Administration** haben sich im Jahre 2005 wiederholt zu den in der UN *Millennium Declaration* (2000) und im *Monterrey Consensus* (2002) vereinbarten Entwicklungszielen bekannt. **Präsident Bush** sagte auf dem High-level Meeting anlässlich des Weltgipfels zum 60. Jahrestag der UN im September in New York: „*We are committed to the Millennium Development Goals*“. Er stellte dabei nicht nur den sicherheitspolitischen Aspekt von Entwicklungshilfe bei der Bekämpfung von Terrorismus heraus, sondern sprach sogar von einer moralischen Verpflichtung Entwicklungsländern zu helfen. Darüber hinaus forderte er die Implementierung des *Monterrey Consensus* und einen erfolgreichen Abschluss

der multilateralen WTO-Handelsrunde. Die USA seien bereit, alle Zölle, Subventionen und andere Handelshemmnisse aufzuheben, wenn sich andere Länder ebenso dazu verpflichten sollten. Außenministerin **Condoleezza Rice** äußerte sich in ähnlicher Weise und forderte eine Erhöhung der Entwicklungshilfe: „*Donor countries have a responsibility to increase their assistance to developing nations.*“

Tatsächlich haben die USA ihre finanziellen Anstrengungen für Entwicklungshilfe verstärkt und im Jahre 2004 mit 19 Mrd. US-Dollar fast doppelt so viel Geld für *ODA* aufgewandt, wie noch im Jahre 2000 (10 Mrd. US-Dollar). Damit gaben sie 14% mehr für Entwicklungshilfe aus als im Jahre 2003 und die OECD geht in ihren jüngsten Berechnungen davon aus, dass die USA im Jahre 2006 etwa 25 Mrd. US-Dollar für *ODA* aufbringen werden, was einer Steigerung von mehr als 25% gegenüber 2004 entspräche. Allerdings liegen die USA mit ihren Entwicklungshilfeausgaben im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft im Vergleich zu den anderen OECD Ländern noch immer am unteren Ende der Skala. Der Anteil der *ODA* am Bruttosozialprodukt (*GNP*) der USA stieg im Zeitraum 2003-2004 gerade einmal von 0.15% auf 0.16%. Damit liegen sie noch weit vom vereinbarten UN-Ziel für das Jahr 2015 (0.7% *ODA/GNP*) entfernt.

Legt man die Berechnungen des *UN Millennium Project* zugrunde, wird deutlich, wie groß die Kluft zwischen den Bekenntnissen der **Bush-Administration** zu den *MDGs* und der tatsächlichen finanziellen Ausstattung der amerikanischen Entwicklungshilfe wirklich ist. Um die Ziele der multilateralen Entwicklungshilfe (*MDGs*) zu erreichen, müssten den Entwicklungsländern zusätzlich 70 Mrd. US-Dollar im Jahre 2006 zufließen. Dies würde bedeuten, dass alle 22 Geberländer der OECD durchschnittlich 0.44% ihres *GNP* im Jahre 2006 aufwenden müssten. Für die USA hieße das, dass sie 51 Mrd. US-Dollar im Jahre 2006 für Entwicklungshilfe ausgeben müssten, also gut das Doppelte von dem, was für *ODA* für das nächste Jahr zu erwarten ist.

Zu berücksichtigen ist auch, dass nur ein Bruchteil der *ODA* in langfristige wirtschaftliche Entwicklung in Empfängerländern investiert wird.

Der G8-Gipfel in Gleneagles hat in Bezug auf die langfristige Entwicklung zwar Fortschritte erzielen können, ist aber zugleich auch hinter vielen Erwartungen zurück geblieben. In der Diskussion um den Schuldenerlass für *HIPC-Länder* (*Heavily Indebted Poor Countries*) wurden wichtige Fortschritte erzielt. Die USA haben sich mit den übrigen G8-Mitgliedern darauf geeinigt, in Frage kommenden *HIPC-Ländern* 100% ihrer Schulden beim *IWF*, der *International Development Association* und dem *African Development Fund* zu erlassen. Allerdings lehnten es die USA ab, die vom britischen Finanzminister vorgeschlagene *International Finance Facility (IFF)* zu unterstützen, die helfen sollte, neue finanzielle Ressourcen für Entwicklungshilfe zu erschließen. Gleiches gilt für den Vorschlag, eine weltweite Steuer auf Flugzeugtickets zu erheben, um damit Entwicklungshilfe zu finanzieren.

Die innovative amerikanische *Millennium Challenge Account-Initiative (MCA)* hat wegen unzureichender finanzieller Ausstattung bisher auch noch nicht die erhofften Ergebnisse erbringen können. Eigentlich sollte die verantwortliche Behörde, die *Millennium Challenge Corporation (MCC)*, in diesem Jahr mit 5 Mrd. US-Dollar ausgestattet werden. Bisher wurden für das Haushaltsjahr 2006 aber nur 3 Mrd. US-Dollar beantragt, von denen der Kongress gerade einmal 1.75 Mrd. US-Dollar bewilligt hat. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund problematisch, dass in diesem Jahr 33 Länder die Auswahlkriterien der *MCC*

(Regierungshandeln auf der Grundlage der Gerechtigkeit, Investitionen in *human capital* und Förderung wirtschaftlicher Freiheit) erfüllen werden. Mit dem innovativen Ansatz der *Millennium Challenge Corporation* sollte eigentlich eine transformative Wirkung in den Empfängerländern erzielt werden. Dieses Ziel ist nun in Frage gestellt, da es an substantiellen Investitionen in Programme zur Armutsbekämpfung fehlt. In den bisher abgeschlossenen Verträgen mit 5 Ländern ist die *MCC* nicht der größte und effektivste Geldgeber und kann damit der angedachten Transformationsrolle noch nicht gerecht werden. Sollte die Zahl der abgeschlossenen Verträge deutlich zunehmen, was zu erwarten ist, steht die *MCC* vor dem Problem, entweder weiter zu kleine Verträge abschließen oder die Zahl der ausgewählten Länder reduzieren zu müssen. Beides würde die Glaubwürdigkeit der neuen Initiative beeinträchtigen.

Insgesamt ist trotz internationaler Zusagen seitens der USA und des gewachsenen sicherheitspolitischen Stellenwerts der Entwicklungshilfe nicht zu erwarten, dass zukünftig mehr finanzielle Mittel in diesem Bereich bereitgestellt werden. Die Ursachen hierfür sind vor allem in den finanziellen Zusagen für die Wiederaufbaumühungen nach den Hurrikans *Katrina* und *Rita* (etwa 200 Mrd. US-Dollar), im massiven Haushaltsdefizit und der finanziellen Belastung durch den Krieg im Irak zu suchen.